

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 77

9. OKTOBER 1990

50 Pfennig

Feuerwerk am Himmel – kein Sekt im Arbeitsamt Nach großdeutschem Rausch kommt Arbeiterwut

Die schwarzrotgoldene Fahne über dem Reichstag, die Freiheitsglocke, Kurt Masur, Feuerwerk und Sekt und Hunderttausende in den Straßen – aber trotz Helmut Kohls unablässiger Befehle zur „Freude“ blieb diese in der Nacht vom 2. zum 3. Oktober aus. Auf der Titelseite berichtete der britische *Guardian Weekly* (7. Oktober) über „Angst statt Jubel, während Deutschland vereinigt wird“. Kein Wunder. Am Morgen des 4. Oktober wachte man auf mit Rundfunkübertragungen der ersten Parlamentssitzung im Reichstag seit Hitler – und seit dem letzten Weltkrieg – und mit den Schlagzeilen über 2,2 Millionen Arbeitslose in der ehemaligen DDR. Dann fuhr das gesamte Bonner Staatsvolk wieder heim; das obszöne großdeutsche Theater in Berlin war nur eine kurze Ablenkung von rasant steigender Arbeitslosigkeit und der Zerstörung des sozialen Gefüges im Osten.

Besonders ausländische Arbeiter und ihre Familien, die tagtäglich diskriminiert und von Abschiebung und rassistischem Terror bedroht werden, hatten Grund, diese „Feier“ zu fürchten. Die Zeitungen vom 4. Oktober berichteten von Angriffen durch große Skinhead/Nazi-Rotten gegen mosambikanische Wohnheime in Guben (ehemalige Wilhelm-Pieck-Stadt) und Hoyerswerda.

„Ordnung herrschte in Berlin“. Die Bourgeoisie ließ ein massives Polizei- und Militäraufgebot in Berlin auffahren (der Bundesgrenzschutz machte sein Debüt in Berlin), um die neue kapitalistische Gesamthauptstadt zu besetzen und dem Volk Ehrfurcht einzuflößen. Denn Ausschreitungen vor laufenden Fernsehkameras aus aller Welt wären ja peinlich gewesen. Doch als am 3. Oktober auf Initiative der Autonomen 10 000 Demonstranten gegen die Wiedervereinigung auf die Straße gingen, darunter viele Jugendliche und Immigranten, wurden sie brutal von der Polizei angegriffen, und es gab über 200 Verletzte.

Als die bürgerliche Presse in der frisch wiederhergestellten Souveränität des deutschen Imperialismus schwelgte, war Kohls „Botschaft“ an die Regierungen deutlich: das „neue Deutschland“ hat vor, die Muskeln spielen zu lassen. Kohl versprach Interventionen gegen „Terrorismus und Drogenmißbrauch“, Bushs Deckwörter für imperialistische

Aggressionen von Libyen bis Panama. Und Kohl erklärte, deutsche Streitkräfte könnten sich an den Interventionen der UN-„Friedens“truppen beteiligen. Die Bundeswehr also doch an den Persischen Golf?

Es gab einen Schwall von Demagogie über „Brücken bauen“ zu Deutschlands Nachbarn. Die Wirklichkeit für Polen seit dem 3. Oktober ist ein Visumzwang für alle, die Deutschland besuchen wollen. Die bürgerlichen Politiker ergossen sich endlos über „Frieden“, aber auch wenn das kriecherische Gorbatschow-Regime bereit zu sein scheint, die Schlüssel zum Kreml auszuhändigen, haben die deutschen Imperialisten nicht abgerüstet. Passenderweise wird ihre Waffenschmiede, der monströse MBB-Trust, vom Sohn des Berliner Bürgermeisters im Kalten Krieg, Ernst Reuter, geführt, der in der Nacht des 2. Oktober so oft gelobt wurde.

Bonns irreguläre Truppen, faschistische Banden, wüteten von Bonn und Aachen bis Weimar, Rostock, Schwerin und Magdeburg. Die obszöne Heuchelei von Bonns großdeutschem Berlin-Theater griff der Berliner *Tagesspiegel* auf, zweifellos unwillkürlich: Bundespräsident-„zu-schön-um-wahr-zu-sein“-Weizsäcker wird zitiert: „Wir wollen in einem vereinigten Europa dem Frieden der Welt dienen.“ Aber die Überschrift direkt darunter berichtet aus Leipzig: „Rechtsradikale brüllten ‚Sieg Heil‘“. 200 rassistische, mit Latten bewaffnete Skinheads konnten in der „Einheits“nacht auf dem Sachsenplatz einfallen und die Bevölkerung terrorisieren. Erfahrene, vorbereitete Arbeitergruppen aus den Betrieben unter einer entschlossenen Führung hätten diesem Abschaum die Lektion erteilen können, die er verdient, und diese neuen SA-Schläger von der Straße fegen können!

Das Vierte Reich ist nicht das Dritte Reich, und die kapitalistische Ordnung östlich der Elbe ist noch nicht konsolidiert worden. Die Arbeiterklasse der Ex-DDR schlägt gegen die Verelendung zurück. Die westdeutsche Arbeiterbewegung mit ihrem strategischen Anteil von Immigranten ist ein Riese, dessen potentielle Macht von reformistischen Irreführern gefesselt ist. Vor uns liegt eine Menge harter Klassenkampf. ■

Für Arbeiterwiderstand gegen das Vierte Reich!

Klassenkampf-Wahlprogramm der Spartakisten ... Seite 7

Verteidigt die Antifaschisten von Moabit!

Drei Tage nach dem Anschluß und kurz vor Redaktionsschluß erreichte uns folgendes: 21 Monate nach dem Überfall der Republikaner auf ein Restaurant in Berlin-Moabit am 14. Januar 1989 erhielten die *Opfer* Renate Dahlhaus und Michael Philippsen per Post Strafbefehle.

Michael wird Körperverletzung vorgeworfen, er soll 500 DM plus Nebenkosten bezahlen, Renate wird angeklagt, „einen anderen (Carsten Pagel) rechtswidrig mit Gewalt zu einer Unterlassung genötigt zu haben“. Ihr wird darin eine Geldstrafe von DM 230,- zuzüglich der Kosten für Verfahren, Anwälte usw. oder ersatzweise Gefängnis angedroht. *Die Anklagen gegen die Antifaschisten von Moabit müssen sofort fallengelassen werden!*

Grundlage ist die Zeugenaussage des berüchtigten Spitzenkandidaten der Republikaner, Carsten Pagel, dem Führer des Überfalls, als eine Gruppe von Republikanernaschisten eine bewaffnete Provokation auf Gäste eines überwiegend von Immigranten und Linken besuchten Restaurants starteten – sowie seines Gehilfen Hirsch. Dort hatte die Troztkistische Liga Deutschlands (heute: Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands) ein antifaschistisches Video gezeigt (siehe auch *Spartakist* Nr. 68, 1. März). Eine Woche später wurde derselbe Pagel entdeckt, wie er an fast gleicher Stelle einen Baseballschläger aus seiner Jacke zog. Glücklicherweise konnten ihn beherzte Antifaschisten daran hindern, seine Waffe einzusetzen.

Es ist sicher kein Zufall, daß die Spartakist-Bundestagswahlkandidatin Renate Dahlhaus, die auch die Sprecherin auf der größten antifaschistischen Demonstration am 3. Januar in Treptow mit über 250 000 Teilnehmern war, gerade jetzt zum Anschluß der Ex-DDR an das Vierte Reich den Strafbefehl erhält.

Ursprünglich wurde gegen acht *Opfer* des Republikanerangriffs wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung, Nötigung bis zu Beleidigung (weil die Republikaner zu Recht Faschisten genannt wurden) ermittelt. Inzwischen wurde gegen sechs Antifaschisten das Ermittlungsverfahren eingestellt. Das ist ein Erfolg.

Zeitgleich wird nun gegen die übriggebliebenen Opfer vorgegangen. Für Michael bedeutet es, daß es gegen ihn

auch noch ein Zivilverfahren auf Schadenersatz geben kann. Also ist er konkret bedroht für einen Akt von Selbstverteidigung gegen Faschisten und soll mehrere Tausend Mark zahlen. Und auch im Falle von Renate liegt die wirkliche Bedeutung in der Kriminalisierung einer bekannten Antifaschistin und kommunistischen Kandidatin. Sie soll sich bei einem erneuten Überfall dieses Packs auf keinen Fall verteidigen können. Das ist die Botschaft. Sonst wird sie Wiederholungstäterin und ins Gefängnis gesteckt.

Carsten Pagel wurde nach diversen innerparteilichen Kämpfen nach Art der Republikaner, die, wie bekannt, Gewalt nicht nur gegen Gegner, sondern auch untereinander anwenden, zum Republikaner-„Führer“. Mordanschläge, Provokationen, Schändungen von antifaschistischen Gedenkstätten häufen sich, gerade auch im Gebiet der ehemaligen DDR, wo die Faschisten auf Basis der chauvinistischen Welle Morgenluft wittern.

Das Komitee „Verteidigt die Antifaschisten von Moabit“ hat bisher über 200 Unterschriften für die sofortige Einstellung aller Verfahren gegen Antifaschisten erhalten. Insbesondere erhielten wir Geldspenden und Unterstützung von politischen und gewerkschaftlichen Gruppen, Immigrantensorganisationen sowie Funktionsträgern von Parteien und Gewerkschaften. Die Unterstützung kommt bisher zum Beispiel von: ÖTV-Vertrauensleuten bei PanAm in Berlin, Gewerkschafter/Innen gegen Rassismus und Faschismus, Esther Bejarano (Vorsitzende des Auschwitzkomitees), Nationale Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen, Gewerkschaftssekretären aus Italien und Frankreich und vielen anderen mehr.

Eine erfolgreiche Verteidigung kostet auch viel Geld. Wir bitten Euch, zu spenden und auch in Euren Organisationen, bei Euren Freunden, Kollegen usw. zu sammeln und Unterstützung zu mobilisieren!

Spendet auf das Konto: Werner Brand, Anti-Rep-Verteidigung, Commerzbank Hamburg, BLZ 200 400 00, Konto 13 48 267. Kontakt: Komitee zur Verteidigung der Antifaschisten von Moabit, c/o Werner Brand, Postfach 11 22 86, 2000 Hamburg 11 ■

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Toralf Endrueit,
Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Len Markow,
Bert Matthes (Produktion), Jan Norden, Federico Parodi,
Mark Richard, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur),
Uli Voss, Fred Zierenberg

Vertrieb: J. Pfeiffer

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74
Verlag Avantgarde GmbH, Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11; Fax: (0 40) 33 01 54
Kontakt und Korrespondenz, Spartakist: Redaktion (0 30) 4 91 45 48
c/o Verlag Avantgarde, Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51
Postfach 2002, Berlin O1026

Abonnement (16 Ausgaben): DM 10,- Postgirokonto Frankfurt/Main 119 88-601
Sparkasse der Stadt Berlin, Kogto-Nr. 6652-44-314496

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb.

ISSN 0173-7430

Nr. 77

9. Oktober 1990

Klassenkampf-Wahlkampf- Veranstaltungen der SpAD:

Für Arbeiterwiderstand in Ost und West!

Mit Bundestagskandidaten der SpAD

Halle	Samstag, 27. Oktober, 16.00 Uhr
Rostock	Sonntag, 28. Oktober, 14.00 Uhr
Berlin	Donnerstag, 1. November, 19.00 Uhr
Hamburg	Samstag, 3. November, 15.00 Uhr
Torgelow	Freitag, 9. November, 18.00 Uhr

Ruft an für weitere Informationen:
(Halle) 29 055 (Hamburg) 32 36 44
(Westberlin) 492 78 66

Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt Jelzins/Gorbatschows 500-Tage-Plan!



Moscow News



Der Spiegel

Prokapitalistischer Demagoge Boris Jelzin (Mitte im linken Bild) und Michail Gorbatschow (rechts) einigen sich auf Plan für „freie Marktwirtschaft“

Zur Zeit der größten Weizenernte in der Geschichte der Sowjetunion ist das Brot aus den Moskauer Staatsläden verschwunden. Raucher randalieren, um Zigaretten zu bekommen. Jetzt soll die traditionelle Feier der bolschewistischen Revolution am 7. November abgesagt werden. George Bush stellt sich die Sowjetunion als künftigen Juniorpartner in der imperialistischen „Neuen Weltordnung“ vor. Aber dies würde den Tod der Sowjetunion als ein – wenn auch von einer korrupten und nationalistischen Bürokratie regierter – Arbeiterstaat bedeuten. Und tatsächlich drängen die vorherrschenden politischen Kräfte in Rußland offen auf die Restauration des Kapitalismus – was die Aussicht auf einen Bürgerkrieg bedeutet, eher früher als später. Die sozialen Errungenschaften der bolschewistischen Revolution – des größten Sieges der internationalen Arbeiterklasse in der Geschichte – sind in tödlicher Gefahr!

Ende August wurde bekanntgegeben, daß der Präsident der Russischen Republik, Boris Jelzin, und der sowjetische Präsident, Michail Gorbatschow, sich auf ein Programm geeinigt hatten, innerhalb von 500 Tagen eine richtiggehende Marktwirtschaft einzuführen. Hausbesitz würde privatisiert werden, das bewirtschaftete Land an Kleinbauern verkauft und mindestens 70 Prozent der Industrieunternehmen entstaatlicht. Die wirkliche Macht der wirtschaftlichen Entscheidungsgewalt würde von der Zentralregierung auf die Regierungen der verschiedenen Republiken übertragen werden. Das bedeutet effektiv das Auseinanderbrechen der Sowjetunion. Jelzin – ein früherer Statthalter Gorbatschows, der zu einem pseudopopulistischen Demagogen geworden ist – will „Sozialistische“ aus der UdSSR entfernen und das Land in die Union der Souveränen Sowjetrepubliken umbenennen.

Der Hauptautor des 500-Tage-Plans ist Gorbatschows Wirtschaftsberater Stanislaw Schatalin, der auf die Frage,

ob sein Plan zu einem höheren Lebensstandard und zu einer effizienteren Wirtschaft führen würde, antwortete: „Gott ist allmächtig.“ Gorbatschow selbst schwafelt davon, den Schatalin-Plan mit einem „gemäßigeren“ Programm zu kombinieren, das sich der sowjetische Ministerpräsident, Nikolai Ryschkow, ausgedacht hat. Ryschkow war die Hauptfigur hinter dem abgebrochenen Schachzug, in diesem vergangenen Sommer den Brotpreis zu verdreifachen und bis Neujahr 1991 die Verbraucherpreise zu verdoppeln. Aber dies reichte den extremen Anhängern der „freien Marktwirtschaft“ nicht, die nach Ryschkows politischem Kopf schreien.

Um Gorbatschow unter Druck zu setzen, nahm das von Jelzin dominierte Parlament der Russischen Republik das Programm der „500 Tage zum Kapitalismus“ an. Und jetzt ist der sowjetische Präsident mehr oder weniger darauf eingeschwenkt, obwohl er eine Volksabstimmung über den Verkauf von Land fordert. Ryschkow, der um seine politische Existenz kämpft, hat im Fernsehen den Schatalin-Plan verurteilt, da er zu „Chaos“ und Massenarbeitslosigkeit führe. Diese Situation spitzt sich schnell zu. Vorletzten Sonntag demonstrierten 50 000 Rechte in Moskau und forderten den Rücktritt nicht nur von Ryschkow, sondern auch von Gorbatschow. Doch Arbeiter leisten Widerstand gegen die Folgen der Perestroika. Die offiziellen Gewerkschaften haben gegen die Stadtregierung von Moskau, die für den „freien Markt“ ist, Streiks organisiert.

Die unheilvolle Krise des sowjetischen Stalinismus

Die allseitige Krise, die die Sowjetunion bedrängt, hat ihre Wurzeln in der bürokratischen Degeneration unter

Fortgesetzt auf Seite 4

Für sozialistische Planwirtschaft, basierend auf Arbeiterdemokratie!

500-Tage-Plan...

Fortsetzung von Seite 3

J. W. Stalin in den 20er Jahren. Unter der nationalistischen Lösung des „Sozialismus in einem Land“ kehrte die Kreml-Bürokratie dem leninistischen Programm der proletarischen Weltrevolution den Rücken zu und stellte sich dagegen. In den 30er Jahren sagte Trotzki voraus, daß die stalinistische Bürokratie, wenn sie nicht von der sowjetischen Arbeiterklasse gestürzt würde, nicht nur keinen Sozialismus aufbauen würde, sondern im Gegenteil die Bedingungen schaffen würde für kapitalistische Konterrevolution.

Der „liberale“ Stalinist Gorbatschow und seine Apologeten behaupteten, daß Perestroika (Umgestaltung) die Erneuerung und Modernisierung des Sozialismus bedeuten würde. Von Anfang an warnten wir, daß diese marktorientierten „Reformen“ dazu bestimmt waren, auf Kosten der Arbeiterklasse die Privilegien der kleinbürgerlichen Bürokraten und Intellektuellen zu verstärken, und daß sie die Basis legen würden für kapitalistische Konterrevolution. Jetzt geht es nicht mehr darum, die Basis dafür zu legen, sondern die kapitalistische Restauration offen auf die Tagesordnung zu setzen.

In einem Interview am 10. September mit James Cleve, dem Nachrichtenkommentator des kalifornischen Pacific-Rundfunksenders KPFA, wies der Sprecher der Spartacist League, amerikanische Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), Joseph Seymour, darauf hin: „Das Programm derjenigen, die Sie Befürworter der ‚freien Marktwirtschaft‘ nennen, wie Jelzin – der unter anderem Reagan in seiner Autobiographie lobte, weil er angeblich die Gesundheit der amerikanischen Wirtschaft wiederhergestellt hat –, wird zu massenhafter Verelendung der sowjetischen Werktätigen führen, zum Nutzen derer, von denen man hofft, daß sie eine neue Klasse von Kapitalisten sind, und ihrer sowjetischen Yuppie-Anhängsel“.

Es ist klar, daß die Masse der sowjetischen Werktätigen einer kapitalistischen Marktwirtschaft als solcher feindlich gegenübersteht. Der Ideologe des „freien Marktes“, Gawril Popow, zur Zeit Bürgermeister von Moskau, stellt fest, daß die „Massen sich nach Fairneß und wirtschaftlicher Gleichheit sehnen“. Er ist besorgt über den Aufstieg eines „linken Populismus“, der provoziert wird durch „die Politik, die zu Entstaatlichung, Privatisierung und Ungleichheit führt“. Die am meisten verachtete Klasse von Leuten in der Sowjetunion sind die kleinkapitalistischen Unternehmer, die sogenannten „Kooperativler“. Selbst das *Wall Street Journal* (10. August) gibt zu: „Der Ruf der Kooperativen ist ins Bodenlose gefallen, und heute werden sie überall als Spekulanten kritisiert, die darauf aus sind, auf Kosten der Nation schnelles Geld zu machen.“

Doch es ist auch unbestreitbar, daß Jelzin bei den russischen Werktätigen sehr populär ist. Umfragen zeigen, daß er deutlich höheres Ansehen genießt als Gorbatschow. Wie kann man diesen Widerspruch erklären? Jelzin hat seine Unterstützung für die „freie Marktwirtschaft“ mit demagogischen Angriffen auf die Privilegien der Bürokratie maskiert, und er fordert mehr Konsumgüter durch Kürzungen bei den Militärausgaben und den Investitionen in die Industrie. Aber jetzt ist die Maske gefallen, da Jelzins glitschige Demagogie einem Programm der offenen kapitalistischen Restauration angeheftet worden ist.

Befürworter des 500-Tage-Plans behaupten, daß der Verkauf von Wohnungen, Grundstücken und Fabriken einen Großteil der überschüssigen Rubel aufsaugen wird, die jahrelang in die sowjetische Wirtschaft gepumpt wurden. Daher würde der Preisanstieg für Konsumgüter



Reuters/Bettmann

Prokopjewsk, 15. Juli 1989: Sibirische Bergarbeiter streikten für Selbe, Fleisch und Gerechtigkeit

niedriger ausfallen, als es sonst der Fall wäre. Das ist eine Lüge! Wenn die Unternehmen erst einmal in privater Hand sind, werden sie jeden Preis verlangen, den der Markt hergibt. Die sowjetischen Werktätigen werden jede Möglichkeit verlieren, die Lebenshaltungskosten zu steuern. Außerdem werden Millionen sowjetischer Arbeiter auf die Straße geworfen werden, wenn unrentable und unverkäufliche Betriebe schließen und gleichzeitig andere ihre Belegschaft radikal reduzieren. Das ist genau das, was in Polen bereits geschieht.

Die Privatisierung der Wohnungen ist dazu gedacht, denjenigen Mitgliedern der Elite, die über nette Wohnungen verfügen, einen sofortigen unverhofften Gewinn zu verschaffen. Aber für die sowjetischen Werktätigen wird es katastrophal sein, besonders bei dem akuten Mangel an verfügbaren Wohnungen in der UdSSR. Sowjetische Armeeoffiziere und ihre Familien, deren Abzug aus Ostdeutschland geplant ist, demonstrierten kürzlich gegen die Maßnahme, sie in einer Zeltstadt im nördlichen Kaukasus anzusiedeln! Durch Privatisierung werden die Mieten für die wenigen freien Wohnungen in schwindelnde Höhen schießen. Junge Arbeiterfamilien könnten sich nie eine eigene Wohnung oder ein Haus leisten. Dies würde zum ausschließlichen Eigentum der neuen Klasse von vermögenden Kapitalisten und der Elite von Managern werden.

Der 500-Tage-Plan verspricht den Sowjetbürgern eine Art „Volkskapitalismus“: „Eigentum in der Hand jedes einzelnen ist eine Garantie für die Stabilität der Gesellschaft“ (*Financial Times* [London], 6. September). Aber Eigentum wird *nicht* in der Hand jedes einzelnen sein. Ganz im Gegenteil. Man kann keine Kapitalisten haben ohne Kapital. Selbst Rußlands kleine Unternehmer mit ihren Obstständen und Fernsehreparaturläden haben nicht das Geld, um Stahlwalzwerke und Kohlenbergwerke aufzukaufen. Wer hat es? Soweit sie Russen, Armenier usw. sind, werden die neuen Besitzer aus den Reihen der bürokratischen Elite kommen, die Zugang zu Staatsanleihen und westlichen Banken haben.

Fortgesetzt auf Seite 12

Schachtbesetzungen im Harz ausverkauft

Einige Tage lang stand das Land am Rande des wichtigsten Arbeiterwiderstands seit dem kapitalistischen Ansturm auf die DDR. Arbeiter in ganz Deutschland solidarisierten sich mit dem Hungerstreik der 500 Harzer Kumpel, deren Arbeitsplätze zum Untergang bestimmt sind, weil ihr Bergwerk für die Kapitalisten nicht profitabel genug ist. Der Streik ging wie ein Lauffeuer durch die Schächte: Sondershausen, Mühlhausen, Menteroda, Pöthern, Nordhausen, Sollstedt. Die Arbeiter wurden aus Verzweiflung zum Hungerstreik getrieben, aber ihr Kampf weitete sich zu Schachtbesetzungen von 2500 Kumpels aus, die die technischen Anlagen des Bergwerks kontrollierten.

Die Bergleute zeigten für kurze Zeit ihre Macht. Ihre entschlossene Aktion hatte die Betriebsleitung gezwungen, die bereits ausgesprochenen Kündigungen zurückzunehmen, aber es ging um mehr: die Existenz von Tausenden Familien, der ganzen Region, steht auf dem Spiel. Die Arbeiter dürfen nicht zulassen, daß ihr Kampf weiterhin mit leeren Versprechungen der kapitalistischen Regierung und ihrer sozialdemokratischen Agenten abgewürgt wird.

So bot sich Hans Modrow (PDS), der Mann, der gern Signale gibt („Deutschland, einig Vaterland“), bei den

streikenden Bergleuten als Vermittler gegenüber Lothar de Misère an und pries die Stilllegung des Kupferbergbaus in Mansfeld als „Pilotlösung“. Schöne Lösung: ein Blick ins Mansfelder Revier zeigt die Wahrheit. Die Kapitalisten wollen durchziehen, was sie den Kumpeln im Ruhrgebiet seit Jahren aufzwingen: einen Tod auf Raten. Nachdem ihnen ihre Arbeitsplätze mit einigen tausend Mark „abgefunden“ wurden, dürfen sich die Bergleute jetzt um ein paar Dutzend Billiglohn-Jobs im Westen bewerben.

„Bis zu den Wahlen muß Ruhe herrschen im Land“, kommentierte *Die Zeit* (28. September) und warnte vor einem „heißen Herbst“. Alle 20 000 Kali-Bergarbeiter waren bereit, sich dem Streik anzuschließen. Viel hätte gewonnen werden können als ein schwaches Versprechen von Abfindungen. Die Trotzlisten der SpAD intervenierten, um die Besetzungen zu stärken und auszuweiten, und riefen auf zu gewählten Streikkomitees und zur „Unterstützung durch westdeutsche Bergarbeiter und andere Gewerkschafter, angefangen mit Arbeiterdelegationen“ für die Kumpel. Die Arbeiter dürfen sich nicht länger mit Almosen abspesen lassen! Für Betriebsbesetzungen gegen Entlassungen und Stilllegungen! ■

Veranstaltungskalender der SpAD

Berlin

Donnerstag, 11. Oktober, 18.00 Uhr
Für eine leninistisch-trotzkistische Partei!
Für die Wiedergeburt der Vierten Internationale!

Donnerstag, 25. Oktober, 18.00 Uhr
USA/NATO raus aus dem Persischen Golf!
Brecht die UN-Blockade gegen Irak!

Donnerstag, 8. November, 18.00 Uhr
**Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt Jelzins/
 Gorbatschows 500-Tage-Plan! Für
 Planwirtschaft, basierend auf Arbeiterdemokratie!**

Grünauer Straße 5, 1. Stock, Berlin 0 1190
 (S-Bahnhof Schöneweide)
 Telefon: (Westberlin) 492 78 66

Halle

Samstag, 13. Oktober, 16.00 Uhr
**Das imperialistische Großdeutschland bedroht
 Polen und die Sowjetunion. Verteidigt die
 Oktobererrungenschaften!**

Samstag, 10. November, 16.00 Uhr
USA/NATO raus aus dem Persischen Golf!
Brecht die UN-Blockade gegen Irak!

Kultur- und Tagungszentrum, Raum 30
 Leninallee 70, Halle 0 4020
 Telefon: (Halle) 29 055

Hamburg

Mittwoch, 17. Oktober, 19.00 Uhr
USA/NATO raus aus dem Persischen Golf!
Brecht die UN-Blockade gegen Irak!
 Halkevi, Neuer Kamp 31 (U-Bahn Feldstr.)

Sonntag, 21. Oktober, 17.00 Uhr
Video: Philadelphia – wir stoppten den KKK!
 Kulturzentrum, Carolinenstr. 12, 2000 Hamburg 36
 Telefon: (Hamburg) 32 36 44

Leipzig

Mittwoch, 24. Oktober, 18.00 Uhr
**Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt Jelzins/
 Gorbatschows 500-Tage-Plan! Für
 Planwirtschaft, basierend auf Arbeiterdemokratie!**

Leipziger Vereinshaus, Raum 225
 Seeburgstr. 5-9, Leipzig 0 7010
 Telefon: (Halle) 29 055

Torgelow

Freitag, 12. Oktober, 18.00 Uhr
USA/NATO raus aus dem Persischen Golf!
Brecht die UN-Blockade gegen Irak!

Freitag, 26. Oktober, 18.00 Uhr
Video: Philadelphia – wir stoppten den KKK!

SpAD, Bahnhofstraße 10, Torgelow 0 2110

Verteidigt PDS...

Fortsetzung von Seite 16

Wie hohl klingt Gysi Kommentar: „Die Rechtsradikalen isolieren sich durch solche Aktionen letztendlich nur selbst“ (*Neues Deutschland*, 1. Oktober). Könnte irgend etwas die Faschisten stärker ermutigen als dieses Schauspiel ohnmächtigen Vertrauens in den bürgerlichen Staat? Obwohl die Faschisten heute noch wenige sind, können sie auf der Basis solcher erfolgreichen Überfälle rekrutieren.

Es darf nicht kleinen Gruppen von Linken und eingewanderten Jugendlichen überlassen werden, den Nazis und der Polizei gegenüberzutreten. Solche Gruppen haben nicht die soziale Macht, um die Faschisten zu zerschlagen – es ist die Arbeiterklasse, der die PDS den Rücken zugewandt hat, die diese Macht hat!

Frankfurt/Oder war nur der letzte Schauplatz einer Reihe von faschistischen Angriffen auf PDS-Versammlungen. Am Wochenende des 22./23. September ließ sich eine PDS-Versammlung von 500 Leuten in Glauchau (Sachsen) von 30–35 Faschisten einschüchtern, die „Sieg Heil“ schrien. Ein Korrespondent berichtete: „Zwei Stunden lang wurden Hans Modrow und andere Genossen schlimm beschimpft... Die 20 Volkspolizisten sahen dem Treiben tatenlos zu“ (*Neues Deutschland*, 25. September).

In Dresden wurde am 22. September ein PDS-„Familienfest“ abgehalten, das 5000 Besucher anzog. Ein Marschblock von 150 Faschisten formierte sich in der Innenstadt, um das Treffen, auf dem Gysi auftreten sollte, zu zerschlagen. Als er Fragen beantwortete, begannen Eier und Flaschen zu fliegen. Gysi erklärte: „Rechtskonservatismus gehört zur politischen Kultur einer pluralistischen Demokratie“. Kommentar eines Nazischlägers: „Ich will nicht von einem Juden regiert werden. Ich will diese Menschen ausrotten“ (*taz*, 24. September).

Die Leichtigkeit, mit der sich große Versammlungen von PDS-Mitgliedern von kleinen Banden von Nazischlägern stören ließen, ruft den Aufstieg der Nazis in Erinnerung, der gerade mit der Zerschlagung von Treffen der Arbeiterorganisationen und der Unterdrückung von Protesten gegen ihre eigenen Treffen begann. Hitler prahlte in *Mein Kampf* mit dem Sieg seiner Sturmabteilungen November 1921 im Münchner Hofbräuhaus, eine fürchterliche Warnung, die von der Arbeiterbewegung nicht beachtet wurde. Trotzki beschrieb Hitlers Taktik in „Weitere Diskussionen über das Übergangsprogramm“ (Juni 1938): „Zu einer Versammlung der Sozialdemokraten sandte er eine Bande mit Rudolf Hess. Er sagt, daß seine Burschen am Ende der Versammlung alle Arbeiter vertrieben, und sie waren unfähig, sich ihnen zu widersetzen. Da wußte er, daß er siegreich sein würde. Die Arbeiter waren nur dazu organisiert, Beiträge zu zahlen. Überhaupt keine Vorbereitung für andere Aufgaben.“

Was benötigt wurde und wird, sind disziplinierte, entschlossene Selbstverteidigungsgruppen von Arbeitern, die mit der Unterstützung von Abertausenden weiteren Arbeitern und Unterdrückten rechnen können.

Gysi ist als PDS-Vorsitzender jüdischer Herkunft das erste Ziel der Faschisten. Aber auch die Hexenjäger der CDU/SPD haben sich Gysi herausgegriffen. In Herzberg verteilte der Bürgermeister höchstpersönlich Flugblätter, die Gysi als „Boß von Terroristen und Chaoten“ brandmarkten. Die syphilitische Ansteckungskette führt bis zum „vornehmen“ *Spiegel*, dessen antisemitischer Hauptartikel Gysi als „Der Drahtzieher“ angreift.

Die Explosion des deutschen Nationalismus unter den Vorzeichen des Vierten Reichs bedeutet einen Wiederaufstieg von Antisemitismus: Schändung von jüdischen Fried-

höfen in der gesamten DDR, und vor kurzem die regelmäßige Schändung von Friedhöfen in Baden-Württemberg. Inzwischen verweigert Bonn jüdischen Flüchtlingen aus der Sowjetunion die Einreise. „Weg mit dem Judenstopp des Vierten Reichs!“ war der Slogan auf einem Protest, der von der SpAD am 19. September vor der Berliner Mahnwache für die Opfer des Faschismus initiiert wurde (leider entschloß sich die PDS fernzubleiben).

Selbst eine unvollständige Liste der Naziüberfälle in den letzten zwei Monaten führt das Spektrum derjenigen auf, die sie für die Vernichtung als „Untermenschen“ ausgesondert haben: 18. August, „Junge Nationaldemokraten“ der faschistischen NPD überqueren die polnische Grenze bis Zgorzelec; ein sowjetischer Soldat wird nahe Schwerin erschossen aufgefunden. 21. August: Vier Vietnamesen werden in einer Ostberliner S-Bahn blutig zusammengeschlagen (die Bestien filmten ihren brutalen Angriff mit einer Videokamera). Am Wochenende 25./26. August Angriffe auf mosambikanische Wohnheime in Heidenau und Trebbin (nahe Berlin). Ende August: 120 Nazis bedrohen Schwule in Dresden. 5. September in Magdeburg: Ein Angriff auf sowjetische Soldaten wird durch den Wurnschuß eines Offiziers gestoppt. 8. September: Brutale Angriffe auf eingewanderte Arbeiter und Verwüstung eines PDS-Informationsbüros in Schwerin. 23. September: Türkische Jugendliche werden auf dem Alexanderplatz angegriffen.

Der Kampf gegen die faschistischen Mörder beginnt „in den Fabriken und endet auf den Straßen“, wie es Trotzki formulierte. Die Macht der Arbeiterklasse kann und muß gegen den Nazi-Abschaum mobilisiert werden. Wir Spartakisten initiierten eine antifaschistische Einheitsfrontmobilisierung, nachdem das Ehrenmal für die sowjetischen Rotarmisten in Treptow geschändet wurde, die dann von der SED/PDS aufgegriffen wurde. Am 3. Januar versammelten sich 250 000 Leute, darunter aus Fabriken wie Bergmann-Borsig. Diese machtvolle prosovietische Demonstration war eine Gegenmobilisierung gegen den Druck auf Wiedervereinigung aus Bonn, und um einiges größer als jede der Wiedervereinigungs-Orgien in Leipzig. Aber die SED/PDS kapitulierte vor der SPD-geführten Hetzkampagne gegen Treptow, wie sie schon davor mit der Auflösung der Betriebskampfgruppen kapituliert hatte, und schwor sich, solche antifaschistischen Mobilisierungen in Zukunft zu unterlassen. Dieser Zusammenbruch gab dem Gewaltmarsch zum kapitalistischen Anschluß der DDR neue Nahrung. Die jetzigen Angriffe gegen die PDS gehören zu den bitteren Früchten dieser Kapitulation. Sie zeigen den Bankrott der Politik der PDS und die Notwendigkeit einer revolutionären, trotzkistischen Führung.

Der Aufruf zur Aktion, der von der Trotzkistischen Liga Deutschlands und den Spartakist-Gruppen herausgegeben wurde (die sich zur SpAD zusammenschlossen), bleibt brennend aktuell:

„Zehntausende von Arbeitern aus Berliner Fabriken und aus der ganzen DDR und BRD müssen in machtvollen Einheitsfrontaktionen mobilisiert werden, um diese Mörder zu stoppen. Und zwar *jetzt*, bevor es zu spät ist! Wir wenden uns genauso an unsere Kollegen aus Vietnam, aus Polen und aus Moçambique, die besonders unter dem Ausländerhaß und rassistischer Gewalt zu leiden haben.

Noch ist der wiederaufsteigende Faschismus eine extremistische Randerscheinung. Er würde erneut die ganze Menschheit bedrohen, sobald die ersten Krisen in einem wiedervereinigten Großdeutschland auftauchen... Es ist die vorrangige Aufgabe der Werktätigen, das finstere Nazi-Pack wegzufegen.“ ■

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



EXTRABLATT

Schließt euch dem Klassenkampf-Wahlkampf der Spartakisten an!

Für Arbeiterwiderstand gegen das Vierte Reich!

- Für Massenstreiks gegen Massenentlassungen – Für Betriebsbesetzungen und Arbeiterkontrolle!
- Er kämpft und verteidigt die Rechte der Frauen!
- Verteidigt eingewanderte Arbeiter, Roma und Cinti!
- Gegen antikommunistische Hexenjagd!
- Verhindert Angriffe auf sowjetische Soldaten!
- Nieder mit der NATO und dem großdeutschen Imperialismus!
- Für ein rotes Rätedeutschland in einem sozialistischen Europa!

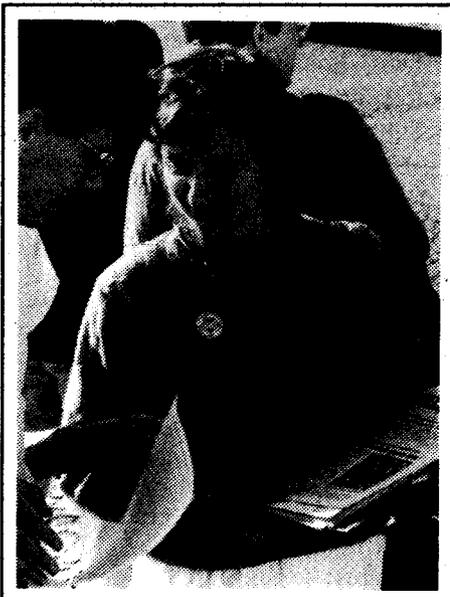
Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD) kandidiert bei der Bundestagswahl am 2. Dezember mit dem Programm für Arbeiterwiderstand gegen die katastrophalen Folgen des Anschlusses der ehemaligen DDR. Wir Trotzisten sind die Partei der unversöhnlichen Opposi-

tion gegen das Vierte Reich des deutschen Imperialismus. Als Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) wollen wir die Weltpartei der sozialistischen Revolution aufbauen.

Viele von euch kennen die Spartakist-Arbeiterpartei als die Partei, die ohne Wenn und Aber gegen die kapitalistische Wiedervereinigung gekämpft hat. Als im letzten März Millionen für die „schnelle Mark“ stimmten, weil sie dachten, es würde Wohlstand bringen, als andere davon redeten, den Ausverkauf zu „besseren“ Bedingungen zu kriegen, ihn zu verlangsamen, sagten wir die bittere Wahrheit – daß die Vereinh-

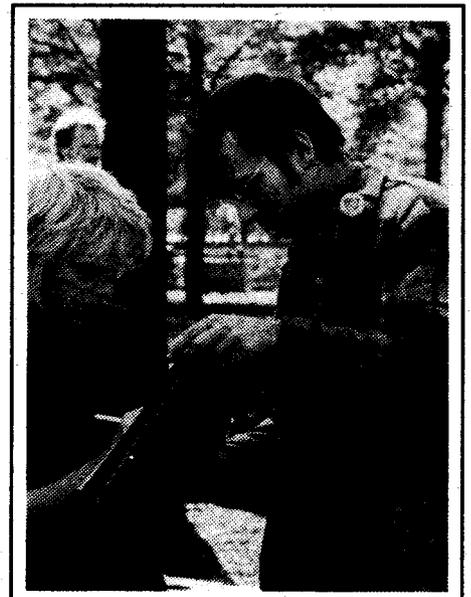
nahme der DDR durch das imperialistische Westdeutschland heißt: Massenarbeitslosigkeit, Angriffe auf Frauen und eingewanderte Arbeiter, die Zunahme der faschistischen Kräfte

Fortgesetzt auf Seite 8



Spartakist-Fotos

Spartakist-Kandidaten für die Bundestagswahl in Berlin (Fotos von links nach rechts): Jana Strauchfuß, Renate Dahlhaus, Toralf Endruwelt



WÄHLT SPARTAKIST!

Klassenkampf-Wahlprogramm...

Fortsetzung von Seite 7

und das Wachsen des großdeutschen Imperialismus. Die SpAD hat es vorausgesagt. Jetzt, wo die Menschen aus dem D-Mark-Rausch aufzuwachen beginnen, ist es umso wichtiger, bei der Klassenkampf-Wahlkampagne der Spartakisten mitzumachen.

Durch Sireiks und Demonstrationen haben die ostdeutschen Arbeiter angefangen, Widerstand zu leisten. Die Bourgeoisie fürchtet einen „heißen Herbst“: trotz all der Feiern mit Sekt und Feuerwerk am Brandenburger Tor – ihr Staatsapparat ist östlich der Elbe noch nicht in Stellung, und das SPD/DGB-System der Kontrolle über die Arbeiterklasse, das auf

Kampfprogramm der Spartakisten

Die Arbeiterinnen in der Ex-DDR haben mit die schwersten Schläge durch die Übernahme durch das Kapital einstecken müssen. Betriebe und Gemeinden schließen ihre Kindergärten. Die Mehrheit der neuen Arbeitslosen sind Frauen. In Westberlin zerschlug die SPD/AL-Koalition im Zusammenspiel mit den Gewerkschaftsbözen den Kita-Streik. Die Bourgeoisie hat dem Recht auf Abtreibung in der Ex-DDR nur eine kurze Galgenfrist gegeben. Grüne und Feministen unterstützen die „verbesserte“ Version des Anti-Abtreibungs-Paragrafen 218 von der CDUlerin Süßmuth, mitsamt der Zwangs„beratung“. Die Spartakisten sagen:

- **Keine Schließung von Einrichtungen zur Kinderbetreuung, auch nicht von Betriebskindergärten! Kostenlose, vom Staat bezahlte Kinderbetreuung rund um die Uhr, von hoher Qualität, für alle in Ost und West!**
- **Ersatzlose Streichung der Paragraphen 218 und 219! Kostenlose Abtreibung auf Wunsch als Teil umfassender medizinischer Versorgung hoher Qualität für alle!**

In der Ex-DDR werden ausländische Arbeiter zum Sündenbock für die Arbeitslosigkeit gemacht, entlassen, von

SPARTAKIST-TREFFPUNKT BERLIN

Grünauer Straße 5, 1. Stock, Berlin 1190
S-Bahnhof Schöneeweide

Geöffnet: Dienstag und Donnerstag von 18.00 bis 21.00 Uhr

SPARTAKIST-TREFFPUNKT TORGELOW

Bahnhofstraße 10, Torgelow 2110

Geöffnet: Dienstag und Donnerstag von 17.00 bis 20.00 Uhr

KONTAKTADRESSEN

SpAD
Postfach 2002
Berlin 1026

SpAD
c/o Verlag Avantgarde
Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51
Tel.: (0 30) 4 92 78 66

Spartakist
Postfach 24 HPA
Greifswald 2200

U. Nündel
Postamt 25
Postlagermd
Leipzig 7025

SpAD
c/o KTZ, Raum 30
Leninallee 70
Halle 4020
Tel.: Halle 2 90 55

SpAD
c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31
2000 Hamburg 11
Tel: (0 40) 32 36 44

SpAD
HPA Rostock
Postlag. 01
Rostock 2500

SpAD
Postlagermd
Torgelow 2110

den Trümmern des FDGB errichtet wird, ist noch wackelig. Die Bosse wollen inzwischen die westdeutschen Arbeiter die Zeche bezahlen lassen für die Plünderung Osteuropas durch die Deutsche Bank; dabei benutzen sie die „Kosten der Wiedervereinigung“, und den Druck der Ex-DDR als „Billiglohnland“, um gewerkschaftliche Forderungen runterzuhandeln. Der Schlüssel zum Sieg in den Abwehrkämpfen der Werktätigen besteht darin, die Macht der westdeutschen Arbeiter zu verbinden mit der Kampfbereitschaft ihrer ostdeutschen Kollegen, die mit dem Rücken zur Wand stehen. Für die Einheit der Werktätigen im Kampf, in Ost und West, Frauen und Männer, Deutsche und Immigranten, mit der Führung einer wirklichen leninistisch-trotzkistischen Partei.

- **faschistischen Banden überfallen und aus dem Land getrieben. Im Westen haben die Sozialdemokraten bei der Abschiebung von Roma und Cinti, Opfern des Nazi-Holocaust, die Führung übernommen. Dies ist eine tödliche Bedrohung für alle Arbeiter. Es ist notwendig, gegen alle Formen von Rassismus und Chauvinismus zu kämpfen, die sich im Osten gegen vietnamesische, mosambikanische, polnische und andere ausländische Arbeiter und im Westen gegen türkische, kurdische und andere eingewanderte Arbeiter richten. Die großdeutsche Wiedervereinigung hat den Neonazi-Abschaum enorm ermutigt. Homosexuelle und linke Demonstranten werden von Skinheads angegriffen. Jüdische Friedhöfe werden regelmäßig geschändet, und jetzt schließt Bonn seine Grenzen gegenüber jüdischen Flüchtlingen aus der UdSSR. Die Spartakisten sagen:**
- **Keine Abschiebungen! Roma und Cinti haben das Recht zu bleiben! Volle Staatsbürgerrechte für alle eingewanderten Arbeiter und ihre Familien! Weg mit dem Einreisestopp für Juden!**
- **Für Verteidigungsgruppen der Arbeiter, um die Wohnheime ausländischer Arbeiter und die Wohnviertel von Immigranten zu schützen! Für Mobilisierungen von Arbeitern/Immigranten, um die Faschisten zu zerschlagen!**
- **Gegen jede Diskriminierung von Homosexuellen!**

Die Währungsunion am 1. Juli markierte die formale kapitalistische Übernahme der kollektivierten Planwirtschaft des früheren bürokratisch deformierten Arbeiterstaats DDR. Die Bourgeoisie ist jetzt daran, die „schöpferische Zerstörung“ (Bundesbanklösung) voranzutreiben. Ihr Geschöpf heißt Massenarbeitslosigkeit. Bei diesem erbarmungslosen Angriff auf den Lebensstandard werden Millionen auf die Straße geworfen oder auf „Kurzarbeit“ gesetzt. Die SPD versucht, den Arbeiterkampf durch das System der Betriebsräte den Bossen unterzuordnen, mit dem man bereits die FDGB-Gewerkschaft zerschlagen hat und Rote raussäubert. Die DGB-Gewerkschaften schließen mit den Bossen ein Abkommen und begrenzen die Lohnerhöhungen in der Ex-DDR auf die Steigerung der Produktivität. Nicht Klassenzusammenarbeit, sondern der Kampf für Arbeiterkontrolle – die den Bonzen, die Bosse geworden sind, die Betriebe entreißt – kann die Pläne der Kapitalisten und ihrer Treuhänder-Lakaien zunichte machen.

- **Für Massenstreiks und Betriebsbesetzungen gegen Massenentlassungen und Betriebsstillegungen! Für gewählte Streikkomitees! Werft die Bonzen raus und macht die Gewerkschaften zu Kampforganisationen des Klassenkampfes.**
- **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, in Ost und West, für Frauen und Männer; für Jugendliche und ausländische Arbeiter! Für eine gleitende Skala der Löhne (automatische Erhöhungen entsprechend den Preissteigerungen bei Konsumgütern)! Für eine gleitende Skala der Arbeitszeit (Umverteilung der Arbeit auf alle Hände)! Für ein groß angelegtes Programm öffentlicher Arbeiten, bei vollem Tariflohn!**

• Für die Enteignung der kapitalistischen Banken und Industrien durch eine Arbeiterregierung! Für eine wirkliche sozialistische Planwirtschaft unter der Kontrolle von Arbeiterräten, die jederzeit abwählbar sind!

Sofort am 3. Oktober setzten die Bonner Behörden ihre von langer Hand vorbereitete antikommunistische Hexenjagd in Kraft. „Überprüfungen“ von Richtern und Lehrern, Berufsverbote für frühere SED- und heutige PDS-Mitglieder sowie Verhaftungen von „Meisterspionen“ sind an der Tagesordnung. Das BKA übernahm inzwischen das Stasi-Hauptquartier. Und ehemalige Mitglieder der RAF sind an westdeutsche Gefängnisse ausgeliefert worden.

• Stoppt die Repression gegen PDS, FDJ und FDGB! Für Einheitsfrontaktion gegen das Parteienteignungsgesetz! Weg mit den Berufsverboten! Hände weg von Markus Wolf!

• Freiheit für die Mitglieder der RAF! Weg mit dem Gesinnungs-Paragrafen 129a!

Es ist abscheulich, daß sowjetische Soldaten und Offiziere sowie ihre Familien beschimpft und diskriminiert werden und jetzt die Zielscheibe von mörderischen bewaffneten Überfällen durch deutsche Nationalisten geworden sind. Die Rote Armee und die sowjetischen Völker befreien Deutschland und Osteuropa von der Geißel des Faschismus, 28 Millionen Menschen aus der Sowjetunion starben dafür. Jahrzehntlang standen die Soldaten der sowjetischen Armee an der Frontlinie gegen den NATO-Imperialismus auf ihrem Posten.

• Für proletarische Einheitsfrontaktionen, um unsere sowjetischen Armeegenossen und ihre Familien zu verteidigen und zu ehren!

Großdeutschland heißt „Drang nach Osten“, nach Kaliningrad und darüber hinaus. Sie bereiten die Bundeswehr auf weltweiten Einsatz vor. Und eine bloße Grundgesetzklausel oder das „Zwei-plus-vier“-Abkommen wird die Bourgeoisie von Auschwitz, die dem Apartheid-Südafrika

geholfen hat, die Atombombe zu entwickeln, nicht davon abhalten, selbst Atomwaffen einzusetzen. Selbst eine „verkleinerte“ Bundeswehr wird bald größer sein als die Streitkräfte der Sowjetunion und der USA in West- und Mitteleuropa insgesamt. Die Imperialisten brüsten sich, sie hätten „den Kalten Krieg gewonnen“, doch wir sind einem dritten Weltkrieg mit seiner Gefahr eines atomaren Holocaust ein ganzes Stück nähergekommen — der kritische Punkt ist heute der Persische Golf. Die einzige Abrüstung, die einen Krieg verhindern oder beenden kann, ist die Entwaffnung der Bourgeoisie durch Arbeiterrevolution.

• Nieder mit der NATO! Kein Mann, keine Frau, keinen Pfennig für die Bundeswehr!

• Imperialistische Streitkräfte raus aus dem Persischen Golf! Bundesmarine raus aus dem Mittelmeer! Keine Bundeswehr-Tornados in die Türkei!

• Brecht die Blockade! Die UdSSR muß ihr Waffenembargo gegen Irak aufheben!

Wenn Kohl & Co. von einem vereinigten Deutschland in einem vereinigten Europa reden, dann reden sie über die Wiederherstellung der kapitalistischen Ausbeutung bis zum Ural und darüber hinaus. Von Afghanistan bis Ostdeutschland hat Gorbatschow den Imperialisten alles gegeben, was sie wollten. Jetzt drohen Gorbatschow und Jelzin, die sowjetischen Völker dazu zu zwingen, das Elend der Marktwirtschaft durchzumachen.

• Bedingungslose militärische Verteidigung der degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten gegen imperialistische Angriffe und innere Konterrevolution!

• Für proletarische politische Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratien, bevor sie alles an die Imperialisten ausverkaufen!

• Für die revolutionäre Einheit der deutschen, polnischen und sowjetischen Arbeiter!

• Für ein rotes Rätendeutschland in einem sozialistischen Europa!

Der Weg von Lenin und Trotzki

Heute sind die historischen proletarischen Errungenschaften der Oktoberrevolution und sogar die bloße Existenz der Sowjetunion in Gefahr. Von Zentralasien bis Osteuropa droht Bürgerkrieg. Gorbatschows Kapitulation vor dem wiedervereinigten imperialistischen Deutschland hat NATO-Truppen an die Oder-Neiße-Grenze gebracht. Und da das Versagen der Markt-Reformen seiner Perestroika ein Wirtschaftschaos hervorruft, gibt es eine panikartige Flucht in den Kapitalismus. Der Markt wird als ein Allheilmittel hingestellt, aber seht euch die ersten Ergebnisse an: in Polen gibt es volle Schaufenster und leere Mägen; in der Sowjetunion gibt es eine Rekordernte, die auf den Feldern verfault, und Lebensmittelknappheit in den Städten. Die Antwort auf sechseinhalb Jahrzehnte stalinistischer bürokratischer Mißwirtschaft ist nicht die brutale Zerstörung, die der kapitalistische Markt anrichtet, sondern eine Planwirtschaft unter der Demokratie von Arbeiterräten.

Dies war das Programm von Leo Trotzki und der Linken Opposition, die gegen Stalin und die parasitäre Sowjetbürokratie gekämpft haben, als diese die Macht an sich riß und eine konservative, nationalistische Politik im Innern verkündete, den „Aufbau des Sozialismus in einem Lande“. Das Gegenstück dazu nach außen war bei den Stalinisten die „Volksfront“, die die Arbeiterklasse an die Bourgeoisie fesselt, um die proletarische Revolution zu enthaupten. Um diese Politik der „friedlichen Koexistenz“ mit dem Imperialismus durchzuführen, mußten Stalin und seine Komplizen (wie der brutale Ulbricht) die Trotz-

kisten ermorden, die davor warnten, daß die Bürokratie der Konterrevolution den Weg ebnet. Heute, wo Gorbatschow und Gysi offen die Restauration des Kapitalismus zu ihrer eigenen Sache machen, verleumden sie noch immer den Trotzismus, weil er das wirkliche bolschewistische Pro-

Fortgesetzt auf Seite 10

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!

Volles Abo (16 Ausgaben): DM 10,-

Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe) und die Broschüre „Marktsozialismus“ in Osteuropa

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

Sp 77

Bestellt bei:

Postfach 2002
Berlin 1026
Sparkasse der Stadt Berlin-Mitte
Konto-Nr. 6652-44-314496

c/o Verlag Avantgarde
Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51
Postgiro Ffm 119 88-601

Klassenkampf-Wahlprogramm...

Fortsetzung von Seite 9

gramm der sozialistischen Revolution in der ganzen Welt verkörpert, das sie und ihr Opa Stalin verraten haben.

Die marode DDR-Wirtschaft war nicht das Ergebnis von zuviel Planwirtschaft, wie alle, von Kohl bis Gysi, behaupten, sondern von zuwenig. Vor allem auf internationaler Ebene. Die Leuna-Arbeiter produzierten Hunderte von Produkten aus sowjetischem Öl, doch die Lieferungen wurden gestrichen, als die Kreml-Bürokraten die hohen Ölpreise auf dem Weltmarkt ausnutzen wollten. Also befahlen Honecker und Mittag den DDR-Kraftwerken, Braunkohle zu verbrennen, was die Atmosphäre und die Lungen verseucht. Angesichts des imperialistischen Lieferboykotts von fortgeschrittener Technologie bauten die Robotron-Arbeiter voll einsatzfähige Computer — aber jetzt kauft die Sowjetunion IBM-Produkte, und die ostdeutsche Computerindustrie liegt in Trümmern. Bei unserem Widerstand gegen die kapitalistische Wiedervereinigung appellierten wir Trotzlisten nicht an den engstirnigen DDR-Nationalismus, sondern wir stellten ein Programm für die sozialistische Wiedervereinigung und für internationale sozialistische Wirtschaftsplanung auf.

Daraufhin beschuldigten uns die politisch bankrotten Überbleibsel des SED-Stalinismus, „rote Seifenblasen“ zu machen. Aber wer war denn „unrealistisch“: wir, die wir zur Einheit der deutschen, polnischen und sowjetischen Arbeiter gegen die Konterrevolution aufriefen, oder diejenigen, die wie Gysi und Modrow vor dem Ansturm Bonns kapitulierten und „schwarzrotgoldene Seifenblasen“

machten? Was ist mit den „Bürgerbewegungen“, die von einem „dritten Weg“ träumten, bei den Wahlen in der DDR am 18. März aufgegeben wurden und jetzt die Speerspitze bilden bei der Hexenjagd gegen Stasi und PDS? Oder mit denjenigen, die die Lügen von Kohl und den Sozialdemokraten geglaubt haben, daß die D-Mark die Rettung bringen würde? Die Spartakisten sagen unverblümt, daß die Bildung eines vereinigten imperialistischen Deutschlands eine schwere Niederlage ist. Aber wir sagen auch, daß die Werktätigen sich gegen die Folgen wehren können und müssen. Während die Reformisten um Sitze im neuen Reichstag rangeln, benutzt die SpAD diesen Wahlkampf als eine Plattform, um bolschewistische Politik und harten Klassenkampf zu propagieren.

Nach 45 Jahren stalinistischer Mißwirtschaft hat die SED/PDS den Kapitalisten einfach alles übergeben. Gysi kriecht Lafontaine und den Hexenjägern von der SPD hinterher, und ein Großteil der „radikalen Linken“ kriecht Gysi hinterher. Die Grünen sind über die Hexenjagd gegen die PDS gespalten, die Mehrheit gibt Öko-Antikommunismus von sich, während viele Ex-Fundis (und manche Realos) zu Gysis „linker“ Sozialdemokratie übergehen. Die Linke Liste/PDS ist so fixiert auf ihre Integration in dieses deutsch-nationalistische kleinbürgerliche Milieu, daß die Arbeiterklasse für sie völlig aufgehört hat zu existieren. Sie sehnen sich danach, Juniorpartner in einer Koalition mit den kapitalistischen Herrschern zu werden — die loyale „Opposition“ zur Bourgeoisie von Auschwitz und Babi Jar! Das ist die Volksfront, die sie in der stalinistischen Schule gelernt haben. Keine Stimme den Grünen und der PDS, den Kammerzofen des Kapitals!

Für die kämpferische Aktionseinheit der Arbeiterklasse

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands ist eine kleine Partei, die vor großen Aufgaben steht. Als Teil unseres kommunistischen Programms haben wir Gelegenheiten gesucht, die leninistische Taktik der Einheitsfront auszunutzen, um Kräfte im gemeinsamen Kampf zusammenzubringen, ohne die politischen Standpunkte zu verwischen. So haben wir die antifaschistische Einheitsfrontmobilisierung initiiert, nachdem das Treptower Ehrenmal für die Kämpfer der Roten Armee, die im Kampf zur Zerschlagung des Nazismus gefallen sind, geschändet wurde. Unser Aufruf wurde auch von der SED-PDS aufgegriffen, und am 3. Januar kamen etwa 250 000 Menschen zur größten antifaschistischen Demonstration, die es je in Deutschland gab. Aber die SPD-Führer und die Kalten Krieger im Westen gerieten in Wut über diese machtvolle prosowjetische Mobilisierung gegen Bonns Wiedervereinigungskampagne, und die SED-PDS kapituliert vor ihnen.

Die konterrevolutionäre Offensive in der DDR entfesselte eine Flut von rassistischen Terrorangriffen der Faschisten/Skinheads auf eingewanderte Arbeiter und eskalierenden Antisemitismus. Jetzt hat Modrow sein „Deutschland, einig Vaterland“, und die Nazis zielen buchstäblich auf Gysi ab. In Zeiten des „Wohlstandes“ werden die faschistischen Stoßtruppen des Kapitals in der Reserve gehalten, wo sie immer wieder Provokationen starten und sich darauf vorbereiten, in Zeiten der Krise blutigen Terror zu entfesseln. Doch in der früheren DDR droht jetzt eine Wirtschaftskrise. Und ohne eine allgemein anerkannte, zielbewußte kommunistische Opposition könnten die Faschisten aus den zerschlagenen Hoffnungen Kapital

schlagen, indem sie ausländische Arbeiter und Linke überfallen. „Dialog“ mit diesen Mördern, wie es die PDS will, ist selbstmörderischer Unsinn. Notwendig sind Massenmobilisierungen von Arbeitern/Immigranten, die die Faschisten jetzt stoppen können, solange sie noch klein und relativ isoliert sind.

Das von der SPD angezettelte Parteienteilungsgesetz ist ein Teil der üblen Kampagne, frühere und jetzige Mitglieder von SED und PDS zu kriminalisieren und Widerstand gegen den kapitalistischen Anschluß zu ersticken. Jetzt wird es gegen die Gewerkschaften verwendet. Die SpAD weigerte sich, ihre Parteifinzen den Treuhändern von der Deutschen Bank zu übergeben. Außerdem forderten wir in einem „Offenen Brief“ alle Organisationen der Linken und der Arbeiterklasse auf, das Recht, sich zu organisieren, zu verteidigen und diesen Versuch, das Proletariat gleichzuschalten, zurückzuschlagen. Doch Gysi und seinesgleichen wollen nicht dagegen kämpfen. Während andere „linke“ Organisationen von Bonn finanziert werden — was ihre Rolle als Druckmacher und bezahlte Diener der herrschenden Klasse gegenüber besiegelt —, treten wir für die Klassenunabhängigkeit der Arbeiterorganisationen ein und weigern uns, auch nur eine DM staatlicher Subventionen zu nehmen.

Bei den DDR-Wahlen am 18. März machte die SpAD das Angebot, in den Wahlkreisen, wo wir keine Kandidaten aufstellten, zur Stimmabgabe für alle Parteien aufzurufen, die schriftlich ihre absolute Opposition zur kapitalistischen Wiedervereinigung erklären. Keine Partei nahm dieses Angebot an. Andere sogenannte „Linke“, von der PDS bis zu den Nelken, der Vereinigten Linken und der KPD,

gingen vor dem imperialistischen Anschluß in die Knie und versuchten bestenfalls, ihn zu verlangsamen oder die Bedingungen des Ausverkaufs nachzubessern. Jetzt erklärt die Linke Liste/PDS, daß Teile von ihr den „sozialstaatlichen Kompromiß“, wie er in der Bundesrepublik erreicht

wurde, anerkennen und ihn zum Ausgangspunkt ihrer Politik machen. Sie wollen eine „sozial gerechte“ Verfassung für das neue großdeutsche Reich. Sie unterstützen offen den Kapitalismus. Wir nicht. Wir Trotzlisten kämpfen für die sozialistische Revolution. Und du?

Für revolutionären Internationalismus!

Um unser internationalistisches, proletarisches Programm zu veranschaulichen, führten wir im Juni in der DDR und in Hamburg eine Veranstaltungsreihe mit dem amerikanischen schwarzen Trotzlisten Don Alexander durch. Über das Komitee für soziale Verteidigung mobilisierten wir Unterstützung für die weltweite Kampagne, das Leben des schwarzen Journalisten Mumia Abu-Jamal zu retten, dem die rassistischen amerikanischen Herrscher wegen seiner unermüdlichen Verteidigung der Unterdrückten einen Mord anhängten und den sie für die Hinrichtung vorgesehen haben. Die SpAD hat in großer Zahl Material in polnisch, vietnamesisch, türkisch, spanisch, portugiesisch und russisch an eingewanderte Arbeiter und sowjetische Soldaten verteilt. Wir haben für die Mobilisierung der Arbeiter des KWO-Werks gekämpft, um ihre mosambikanischen Kollegen gegen faschistische Angriffe zu verteidigen. Wir sind antipolnischem Chauvinismus entgegengetreten und führten im Mai eine Protestaktion gegen die empörende Diskriminierung polnischer Arbeiter durch den Aldi-Supermarkt durch.

Vor kurzem organisierten die Spartakisten gegen Bonns abscheuliches Einreiseverbot für sowjetische Juden einen Protest vor der (jetzt ehemaligen) Mahnwache für die Opfer des Faschismus, Unter den Linden. Wir erklärten: „Weg mit dem Judenstopp des Vierten Reichs!“ Einige Leute gaben für ihre Nichtteilnahme als Grund an, daß die Nazis noch nicht an der Macht sind, also dies noch nicht das „Vierte Reich“ sein kann. Aber Nazis waren auch im Bismarckschen/Wilhelminischen Zweiten Reich nicht an der Macht, das zusammen mit den anderen imperialistischen Mächten das Gemetzel des Ersten Weltkriegs entfesselte. Und im neuen Großdeutschland wüten die Faschisten und ziehen ihre Pistolen, von Görlitz über Greifswald bis Göttingen. Wenn die Republikaner nicht wesentlich gewachsen sind, liegt das daran, daß Kohl & Lafontaine große Teile ihres Programms ausführen.

Wenn die Imperialisten den Zusammenbruch der stalinistischen Herrschaft in Osteuropa triumphierend als den „Tod des Kommunismus“ darstellen, greifen sie Hitlers Parole von einer „Neuen Weltordnung“ auf. Doch sie scheinen fest entschlossen zu beweisen, daß Krieg und Wirtschaftskrise zum Kapitalismus gehören. Washington brennt darauf, den Widerspruch zwischen seiner bröckelnden Wirtschaftsbasis und seiner militärischen Macht zu lösen, indem es am Persischen Golf eine Invasion gegen den Irak startet. Finanziert werden soll dies durch die arabischen Ölscheichs und die früheren Feinde im Zweiten Weltkrieg. Deutschland und Japan jedoch manövrieren, um möglichst Ölförderländer nicht zu verärgern, und nutzen gleichzeitig die Gelegenheit, Beschränkungen für einen Truppeneinsatz im Ausland zu lockern, die ihre von den USA geschriebenen Verfassungen enthalten.

Die grünen Öko-Imperialisten und die schwarzrotgoldenen „linken“ Sozialdemokraten von der PDS fallen in den Chor der Kriegstreiber ein – nur rufen sie nach dem Feigenblatt der UNO, um ihre Verteidigung der Öl-Monopole, der Monarchien am Golf und der Imperialisten unter Führung der USA zu verbergen. Die SpAD und die Internationale Kommunistische Liga dagegen rufen zur militärischen Verteidigung des Irak gegen den imperialisti-

schen Angriff auf, während wir gleichzeitig die Werktätigen des Irak und des Nahen Ostens aufrufen, ihre blutigen Herrscher wegzufegen. In der DDR haben wir Spartakisten uns mit den sowjetischen Truppen solidarisiert, während die „linken“ deutschen Nationalisten von der PDS und der VL die antisowjetische Forderung nach dem „Abzug aller fremden Truppen“ aufstellen, so daß die Bundeswehr unbestritten Herr in Großdeutschland sein kann.

In Osteuropa, das der deutsche Imperialismus wie sein Hinterland behandelt, bedeutet die „freie Marktwirtschaft“ die Wiedergeburt nationalistischer und faschistischer Bewegungen, Pogrome und eine Rückkehr zur Armut der Vorkriegszeit. Polen stöhnt unter der kapitalistischen Austeritätspolitik, die von Solidarność durchgeführt wird, um den Frankfurter Bankiers die Schulden zurückzuzahlen. Doch polnische Bergarbeiter und Eisenbahner haben angefangen, sich zur Wehr zu setzen. In der UdSSR hat Perestroika nationalistische Konflikte vom Kaukasus bis zum Baltikum entfesselt. Die Konterrevolution nutzt als Deckmantel die Forderungen nach Unabhängigkeit, gleichzeitig sind auch üble russisch-nationalistische Kräfte am Werk, wie die antisemitischen Faschisten von Pamjat. Doch seit dem Bergarbeiterstreik von 1989, als Streikkomitees den Charakter von Sowjets annahmen, ist das Gespenst einer neuen Explosion der Arbeiterklasse, die nationalistische Barrieren überwinden könnte, ein Alptraum für die prokapitalistischen Kräfte.

Trotz eines Verlangens nach Sowjetdemokratie und Gleichheit gibt es bei den sowjetischen Werktätigen viel Verwirrung. Eine leninistisch-trotzkistische Partei muß aufgebaut werden, um das von den Stalinisten verratene Erbe des Roten Oktober zu verteidigen. Gerade das Fehlen einer solchen Partei in Deutschland ermöglichte es, daß die kapitalistische Wiedervereinigung ungehindert durchgezogen wurde. Eine solche Partei muß jetzt aufgebaut werden, um die Kämpfe der Werktätigen gegen das neue imperialistische Deutsche Reich zu führen und mit den Arbeitern von Südkorea bis Südafrika das imperialistische System von Ausbeutung, Rassismus und Krieg wegzufegen. Dieses Programm des proletarischen Internationalismus ist das Banner der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, die für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale kämpft, der Weltpartei der sozialistischen Revolution!■

Spendet!

Unterstützt den Klassenkampf-Wahlkampf der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands! Kommt zu den Spartakist-Treffpunkten, schließt euch unserer Kampagne an und tragt sie in eure Fabriken, Schulen und Wohnbezirke.

Eine Kandidatur kostet viel Geld: Häufigeres Erscheinen unserer Publikationen, Raummieten für Veranstaltungen usw. Wir sind auf uns und euch angewiesen. Unsere Partei finanziert sich ausschließlich durch Beiträge von Mitgliedern und Sympathisanten.

Sendet die sehr notwendigen finanziellen Beiträge an: SpAD, Konto-Nr. 6651-16-168, Berliner Stadtbank, oder Fred Zierenberg, Stichwort Wahlkampagne, Konto-Nr. 2119 766 00, Dresdner Bank Frankfurt/M, BLZ 500 800 00

500-Tage-Plan...

Fortsetzung von Seite 4

Viele der profitabelsten Unternehmen werden ganz oder teilweise an westliche Multis verkauft werden. Gorbatschows Wirtschaftsberater Nikolai Petrakow, einer der Hauptautoren des 500-Tage-Plans, will „eine Situation schaffen, in der unsere westlichen Partner das System der Rationierung und der zentralisierten Zuteilung umgehen können, das Rohmaterial und die Ausrüstung, die sie brauchen, auf unserem Binnenmarkt kaufen können und ihren Teil der Profite in den Westen transferieren können“ (*Problems of Economics*, März 1990). Wenn Gorbatschow und Jelzin ihren Weg durchsetzen, wird der Reichtum, den die sowjetischen Arbeiter jahrzehntelang produziert haben, zu Schleuderpreisen an die Raubritter der Wall Street, die Frankfurter Banker und die japanischen Zaibatsu ausverkauft werden.

Das wachsende Wirtschaftschaos sowie der Zerfall der Autorität des Gorbatschow-Regimes und der Zentralregierung hat ein *politisches Vakuum* geschaffen. In dieses Vakuum sind alle Sorten von rechtsgerichteten Kräften geströmt, von russischen Reagan-Bewunderern bis zu Zaristen, Faschisten und anderen reaktionären Nationalisten. Der Antisemitismus nimmt zu, und sowjetische Juden leben in Furcht vor Pogromen. Es gibt Gerüchte über einen Militärputsch, der die Ordnung wiederherstellen soll. Jeder weiß, die Sowjetunion kann so nicht weiter existieren.

Heute ist der Trotzismus – der in der Tradition der bolschewistischen Revolution steht – die einzige politische Tendenz mit einem Programm, das die Sowjetunion als einen multinationalen Staat mit kollektiver Wirtschaft bewahren kann. Die sowjetischen Arbeiter müssen die Gorbatschows, Jelzins und Popows davonjagen und eine Regierung der demokratisch gewählten Arbeiterräte errichten, so wie die, die im Oktober 1917 die Macht eroberte.

Viele sowjetische Arbeiter identifizieren jetzt die zentrale Planung und Wirtschaftsleitung als solche mit Stalinismus und bürokratischer Kommandowirtschaft. Das ist falsch. Die zentrale Leitung der Wirtschaft durch eine Räteregierung ist der *einzige Weg*, durch den die Arbeiterklasse *demokratisch* die Zuteilung der gesellschaftlichen Ressourcen bestimmen und die gerechte und egalitäre Verteilung des produzierten Reichtums sichern kann. Gleichzeitig kann die zentrale Planung nur dann effektiv zu selbstlosen und kreativen Leistungen anspornen, wenn die Masse der Arbeiter die Gesellschaft *regiert*, um

eine sozialistische Zukunft für sich und ihre Kinder aufzubauen.

Hinter der Brotknappheit

Als das Regime von Gorbatschow und Ryschkow letzten Sommer vorschlug, den Brotpreis zu verdreifachen, erklärte ein Delegierter des Obersten Sowjets aus Tadschikistan wütend: „Brot ist Sozialismus!“ Das plötzliche Verschwinden von Brot aus den staatlich betriebenen Moskauer „Gastronom“-Läden ist der schlagendste Beweis für den wirtschaftlichen Zusammenbruch. Trotzdem sagen sowjetische Funktionäre eine Rekordernte voraus. Was ist passiert?

Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten gibt es in der Sowjetunion keine Reservearmee von hauptsächlich eingewanderten verarmten Wanderarbeitern auf dem Land. Um die Ernte einzubringen, ist es daher notwendig, städtische Arbeiter zu mobilisieren, die vorübergehend von ihren Fabrik- und Büroarbeiten freigestellt werden. Doch mit dem Abbau der zentralen Planung unter Perestrojka stellen die Manager der Fabriken ihre Arbeiter für diesen Zweck nicht mehr frei. Der Manager einer Genossenschaftsfarm in den „Jungfräulichen Ländereien“ von Kasachstan, Schasit Kudaikulow, erklärte:

„Während der Periode der Stagnation [der Breschnjew-Ära] brachten wir den Weizen gut ein. Die Städter halfen uns, die Leute von der Regierung und von der lokalen Kommunistischen Partei halfen uns, und jetzt tun sie es nicht. Ich weiß nicht, warum. Es ist Perestrojka.“ (*Philadelphia Inquirer*, 7. September)

Aber dies ist nur ein Grund für die Brotknappheit, und nicht der bedeutendste. Schließlich wird die Getreideernte auf die gleiche Menge geschätzt wie letztes Jahr. Aber die Bauern liefern nicht soviel an die Ankaufsstellen des Staates. Selbst Gorbatschow beschwerte sich: „Viele Staats- und Kollektivfarmen reduzieren unbegründet ihre Verkäufe an den Staat und verletzen die Vertragsdisziplin.“ Stattdessen benutzen sie das Getreide als Futter für das Vieh, dessen Verkauf weit mehr Profit bringt. Ein Kilo Fleisch kostet auf dem (privaten) Moskauer zentralen Markt 20 Rubel, 50 Prozent mehr als vor anderthalb Jahren und etwa dem Tageslohn eines durchschnittlichen Industriearbeiters entsprechend!

Die sowjetischen Bauern halten das Getreide zurück, um höhere Ankaufspreise zu erzwingen. Im Frühjahr schrieb ein auf die osteuropäische Wirtschaft spezialisiertes Magazin:

„Daß die sowjetischen Bauern große Mengen an Getreide zurückhalten, bedeutet, daß das Regime gezwungen ist, mehr westliches Getreide zu importieren und



Dimitri Wassiljew (Mitte),
Führer der antisemitischen
faschistischen Organisation
Pamjat, umgeben von Anhängern.
Sowjetische Arbeiter
müssen wachsenden faschistischen
Terror zerschlagen!

seine externen Finanzen zu belasten, anstatt zu nutzen, was innerhalb des Landes schon verfügbar ist. Um die Bauern dazu zu bringen, das Getreide zu verkaufen, müßten die Ankaufspreise stark in die Höhe gehen. Weil jedoch das Regime die höheren Getreidekosten nicht an die sowjetischen Haushalte weitergeben will, müssen die Lebensmittelsubventionen weit über den Betrag steigen, der ursprünglich für 1990 vorgesehen war.“ (*PlanEcon Report*, 21. April)

Und nun ruft das 500-Tage-Programm von Gorbatschow und Jelzin dazu auf, Lebensmittelsubventionen zu streichen und eine Preisexplosion bei Brot und anderen Lebensmitteln zuzulassen.

Die heutige Brotknappheit erinnert gespenstisch an den Getreidestreik der Bauern 1928, der den Niedergang der Neuen Ökonomischen Politik (NEP) bezeichnete. Die Ideologen der Perestroika, zumindest diejenigen, die nicht für die sofortige Restauration des Kapitalismus eintreten, haben die NEP als ihr Wirtschaftsmodell hochgehalten. Bereits 1923 wies Trotzki auf die grundlegenden Widersprüche und Instabilitäten der NEP hin. Solange die sowjetische Industrie nicht schnell genug expandierte, um die Bauern mit billigen und ausreichenden Fertigwaren zu versorgen, sagte Trotzki voraus, daß die Bauern die Getreidelieferungen an die staatlichen Ankaufsstellen kürzen würden, um höhere Preise herauszuholen. Das ist genau, was 1928 passierte. Am Rande einer Wirtschaftskatastrophe war es Stalins Reaktion, daß er die Kollektivierung der Landwirtschaft auf brutale und bürokratische Weise durchsetzte.

Während der 20er Jahre waren die reicheren Bauern (Kulaken) die hauptsächliche innere soziale Kraft für kapitalistische Konterrevolution. Heute fällt diese Rolle Teilen der Bürokratie und Intelligenz zu, die in vielen Fällen die privilegierten Kinder der Apparatschiks Stalins sind. Somit ist der Getreidestreik nichts als ein Ausdruck der allgemeinen Sabotage der kollektivierten Wirtschaft durch Manager und Funktionäre, die ihr eigenes Wohlergehen im Auge haben.

Nur die proletarische politische Revolution kann die UdSSR retten

Die Sowjetunion ist heute durch blutige, brudermörderische Auseinandersetzungen inmitten des wirtschaftlichen Zerfalls bedroht. Fast jede nationale Republik hat ihre Unabhängigkeit oder wirtschaftliche Souveränität verkündet. Die Regierung der Ukraine — der zweitgrößten Republik — möchte ihre eigene Währung ausgeben und ihre eigene Armee aufstellen. Funktionäre der ölproduzierenden Regionen Sibiriens verlangen den Löwenanteil an den Exporterlösen aus dem Ölverkauf. Der Londoner *Independent* (31. August) schreibt von der „Gefahr, daß die Sowjetunion in eine Reihe von konkurrierenden Republiken zerfällt, die sich durch Zollbarrieren, Micky-Maus-Währungen und ethnische Feindseligkeiten gegeneinander abgrenzen und miteinander Handelskriege führen“.

Nur die sowjetische Arbeiterklasse hat die soziale Macht und das Interesse, die Sowjetunion auf einer sozialistischen Basis zu bewahren und wiederaufzubauen, mit Gerechtigkeit und Gleichheit für alle Nationalitäten. Um dies zu erreichen, ist es notwendig, die Arbeiterklasse durch eine wirkliche allsowjetische internationalistische kommunistische Partei zu organisieren, die nach der Bolschewistischen Partei Lenins und Trotzki geformt ist.

Heute wird die sowjetische Arbeiterklasse jedoch von konkurrierenden Gruppen innerhalb der Bürokratie und der kleinbürgerlichen Intelligenz politisch ausgebeutet. Aus

Haß auf die stalinistischen Apparatschiks der alten Linie — die unterdrückerisch, parasitär, korrupt sind — folgen viele Arbeiter-Aktivisten den Anhängern der „Demokratie“ westlichen Stils und einer „regulierten Marktwirtschaft“. Andere Arbeiter, die die Perestroika für alles verantwortlich machen, was schiefgegangen ist, sammeln sich hinter den konservativen stalinistischen Apparatschiks, die gemeinsame Sache mit den reaktionären russischen Nationalisten machen. Auf einer Versammlung der russischen Kommunistischen Partei erklärte ein Ölarbeiter aus Tjumen, Sibirien: „Egal, welche Parolen benutzt werden, eine Politik, die zu fallendem Lebensstandard und Blutvergießen führt, ist gegen die Volksinteressen,“ und er rief dazu auf, „die Nation ins Jahr 1985 zurückzusetzen“, das Jahr, als Gorbatschow an die Macht kam.

Aber die Sowjetunion kann nicht in die Lage von 1985 zurückversetzt werden, und es wäre auch nicht wünschenswert. In seinen letzten Jahren versuchte das Breschnjew-Regime, den *Anschein* wachsenden Lebensstandards zu erwecken, indem es die Löhne schneller als die Industrieproduktion anhub, während die Preise in den Staatsläden eingefroren wurden. Einige der ungedeckten Rubel flossen in den wachsenden privaten Markt im Untergrund. Die meisten gingen auf Sparkonten oder wurden unter Matratzen versteckt. 1985 wurde geschätzt, daß sowjetische Haushalte über nicht auszugebende Rubel in Höhe von 80 Prozent ihres Jahreseinkommens verfügten. Somit geht die jetzige Situation unterdrückter Hyperinflation, verschlimmert durch die Perestroika, auf den verknöcherten Stalinismus des Breschnjew-Regimes zurück.

Die grundlegende Ursache für den politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch der Sowjetunion ist der gewaltige und nicht nachlassende Druck des Weltimperialismus. Um der militärischen Aufrüstung der USA unter Carter und Reagan zu begegnen, ohne den Lebensstandard zu senken, verringerte das Breschnjew-Regime Investitionen in neue Fabriken und Ausrüstung. Das Ergebnis war, daß die Arbeitsproduktivität in den immer älteren und technisch überholten Fabriken des Landes immer weiter zurückging. In einem wichtigen Sinn war Gorbatschows Perestroika eine reaktionäre Antwort auf die objektive Krise der sowjetischen Wirtschaft nach Jahrzehnten bürokratischer Mißwirtschaft im Namen des Aufbaus des „Sozialismus in einem Land“. Aber diese halbherzigen Maßnahmen haben die Dinge nur verschlimmert.

Jetzt kapituliert die parasitäre Kreml-Bürokratie auf allen Ebenen vor den westlichen Imperialisten. Gorbatschow und Jelzin wollen den sowjetischen Reichtum an Industrie und Bodenschätzen an die Wall Street und an Frankfurt verschleudern, während sie den US-Imperialismus unterstützen, gegen die arabischen Völker im Nahen Osten Krieg zu führen. Die sowjetische Arbeiterklasse muß die Verteidigung und Erneuerung der kollektivierten Wirtschaft in der UdSSR mit einer Perspektive der weltweiten sozialistischen Revolution verbinden.

Die Entwicklung des Kapitalismus hat selbst eine internationale Arbeitsteilung ins Leben gerufen. Somit setzt der Kampf, den sowjetischen Massen die guten Dinge des Lebens — sowohl materiell als auch kulturell — zu sichern, die Teilnahme an der Weltwirtschaft voraus. Und das bedeutet die Ersetzung des imperialistisch beherrschten Weltmarkts — der durch Monopole und nationalen Protektionismus verzerrt ist — durch eine internationale sozialistische Wirtschaft, erreicht durch proletarische Revolution in der ganzen imperialistischen Welt.

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 510, 21. September

Irak...

Fortsetzung von Seite 16

irakischen Bevölkerung anzurichten. Aber es wird nicht alles Blut auf deren Seite vergossen werden. Wie ein saudiarabischer Offizier dem *Wall Street Journal* erklärte: „Die Iraker sind wirkliche Kämpfer, nicht wie die Amerikaner... Sie kämpften sich acht Jahre durch Hitze, Staub und Blut, und sie sind zäh“. Die Särge werden in sehr großer Zahl in die USA zurückkommen.

Von Anfang an hat es in den USA eine starke Oppositionsströmung gegen Bushs Kriegsmobilisierung im Nahen Osten gegeben, besonders unter Schwarzen und Hispanics. Als ein schwarzer Student gefragt wurde, wie er sich verhalten würde, wenn er eingezogen würde, drückte er die Stimmung von Millionen aus: „Schwarze Menschen sind seit 200 Jahren in den Kriegen dieses Landes gestorben, und was hat es uns eingebracht? Nichts“ (*San Francisco Examiner*, 24. August). Tatsächlich hat die gesamte arbeitende Bevölkerung kein Interesse daran, in einem Krieg für die Ölmultis und die imperialistischen Ambitionen von Bush zu sterben.

Die Internationale Kommunistische Liga ruft zur Verteidigung des Irak gegen die imperialistische Invasion auf, die die Verwüstung und Unterjochung der arabischen Völker mit sich bringen würde, und sie ruft die irakischen Werktätigen auf, den blutigen nationalistischen Gewaltherrscher Hussein zu stürzen. In den imperialistischen Ländern bestehen wir darauf, daß die Niederlage des unersättlichen US-Imperialismus auf dem Schlachtfeld dem Klassenkampf gegen das rassistische, kapitalistische System im eigenen Land nur nützlich sein kann.

Breche die Blockade gegen den Irak – USA raus aus dem Persischen Golf! Die organisierte Arbeiterklasse muß im Bündnis mit den armen Schwarzen und Hispanics gegen die Kriegsmaschinerie mobilisiert werden: Für politische Streiks gegen den drohenden Krieg! Aktionen von Hafenarbeitern, Lastwagenfahrern, Werft- und Transportarbeitern, um den Munitionsnachschub zu unterbrechen, wären ein machtvoller Schlag gegen einen grauenhaften imperialistischen Krieg im Nahen Osten.

Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt das Ausverkaufs-Regime Gorbatschows!

Die westeuropäischen und japanischen Verbündeten Washingtons sind verdächtig halbherzig in ihrer Unterstützung des Washingtoner Militärabenteuers im Persischen Golf. Jetzt spielt sich das erbärmliche Gorbatschow-Regime als Hilfssheriff für Bush gegen den Irak auf. Letzte Woche kündigte der sowjetische Außenminister Schewardnadse an, daß „in der Golfregion jeden Tag, jeden Moment Krieg ausbrechen kann“, und er droht dem Irak mit „der Macht“ der UN, wenn er sich nicht aus Kuwait zurückzieht. Jetzt ist also der Kreml, nachdem er bei Bushs Forderung nach Militäraktionen im Golf auf dem „Blitzgipfel“ von Helsinki noch zögerte, unzweideutig auf Krieg eingeschwenkt. Es gibt offensichtlich keine Grenzen bei Gorbatschows Kapitulation vor dem westlichen Imperialismus.

Aber einige Teile der sowjetischen Führung, besonders im militärischen Oberkommando, sind über die amerikanischen Kriegspläne im Nahen Osten eindeutig besorgt und erkennen, daß sie eine Bedrohung für die Verteidigung der Sowjetunion darstellen. Der sowjetische Generalstabschef Michail Moissejew warnte: „Im Fall von Militäraktionen wird der Iran der Seite Iraks beitreten. Dies wäre nicht einfach eine Art Konflikt, dies wäre ein Weltkrieg“

(*Washington Post*, 28. September). Moissejew erinnerte daran, daß „der Erste Weltkrieg 1914 auch wegen einer Kleinigkeit begann“. Trotzdem hat Moissejew jetzt in krimineller Weise der US-Armee detaillierte technische Berichte über die sowjetische Militärausrüstung des Irak übergeben, als er sich auf eine Reise durch die USA und zum Pentagon vorbereitete!

Wie wir in unserer letzten Ausgabe schrieben, gab der Bush-Gorbatschow-Gipfel „grünes Licht für einen blutigen imperialistischen Angriff“ im Persischen Golf. Das sich beschleunigende Auseinanderbrechen der Sowjetunion hat den US-Imperialismus nur *ermutigt*, seiner Rolle als Weltpolizist wieder Geltung zu verschaffen. Washington will unter Bush mit Gewalt die Weltvorherrschaft wieder erreichen, die es (kurz) am Ende des Zweiten Weltkriegs innehatte. Die USA, die im ökonomischen Wettlauf hinter Deutschland und Japan zurückgefallen sind, versuchen jetzt mit ihrer riesigen Militärmaschinerie, sie wieder in ihre Schranken zu verweisen, indem sie sich die Ölregion der Welt greifen und ihren früheren Feinden Milliarden an Spenden abpressen.

Washington erwartet hämisch, daß Gorbatschows Perestroika zur kapitalistischen Restauration und der Zerstückelung der UdSSR führt. Gleichzeitig nutzt der US-Imperialismus die Kapitulation und den Zusammenbruch der stalinistischen Kreml-Bürokratie aus, um seine militärische Einkreisung der Sowjetunion, von Ostdeutschland bis zum Persischen Golf, zu verstärken. Die sowjetische Arbeiterklasse muß die Verteidigung und die Erneuerung der kollektivierten Wirtschaft durch die Wiederherstellung von Arbeiterdemokratie innerhalb der UdSSR im Weltmaßstab mit dem Kampf gegen den imperialistischen Militarismus verbinden.

„Golf von Tonking“ im Persischen Golf?

„Wenn wir einen Vorwand haben, einen Casus belli, schlagen wir los“, vertraute ein „verantwortlicher Berater des Weißen Hauses“ R. W. Apple von der *New York Times* (27. September) an. Wenn man nach den bisherigen Erfahrungen urteilt, werden Bush & Co. solch einen „Kriegsvorwand“ mit Leichtigkeit erfinden.

Nachdem im April 1986 dreißig Kriegsschiffe und Hunderte von Flugzeugen in der Großen Syrte vor der libyschen Küste zusammengezogen wurden, war das angebliche Auftauchen von libyschen Patrouillenbooten vor ihrer eigenen Küstenlinie genug, um einen amerikanischen „Vergeltungsschlag“ auszulösen, durch den die Boote in die Luft gejagt wurden. Einige Tage später starteten die USA ihren mitternächtlichen Bombenangriff auf Tripolis, ein fehlgeschlagener Versuch, den libyschen Staatschef Gaddafi zu ermorden, bei dem sie seine Adoptivtochter umbrachten. Dieses Mal hoffen sie, nach den Enthüllungen des jetzt entlassenen Dugan, durch einen Bombenangriff Hussein mitsamt Familie und Mätresse zu „enthaupen“.

Die blutige Bombardierung und Invasion von Panama letzten Dezember wurde ausgelöst, nachdem Noriegas Soldaten vier amerikanische Offiziere stoppten und angeblich auf sie schossen, als diese dabei ertappt wurden, nachts um sein Hauptquartier herumzukurven.

Und laßt uns nicht die berüchtigste Erfindung vergessen. Im August 1964 verabschiedete der Kongreß die Golf-von-Tonking-Resolution, die Präsident Johnson praktisch einen Blankoscheck für die Kriegführung gegen Vietnam in die Hand gab, aufgrund der Beschuldigung, daß die angeblich harmlosen Zerstörer USS *Maddox* und *C. Turner Joy* durch nordvietnamesische Patrouillenboote angegriffen worden seien.

Die deutsche Bourgeoisie ist über die US-Kriegsmobilisierung im Persischen Golf hin- und hergerissen. Kohl ist der Sprecher für einen Flügel, der am liebsten sofort die Bundesmarine hinschicken möchte, als Bestätigung dafür, daß ein imperialistisches Deutschland — schon wieder — nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine *militärische* Weltmacht sein wird. Ein weiterer Flügel, vertreten durch Genscher und die SPD, predigt einen vorsichtigeren Kurs. Sie sehen keinen großen Gewinn bei einer deutschen Intervention zum jetzigen Zeitpunkt, die lediglich der *US-Hegemonie* im Golf und der *US-Kontrolle* der internationalen Energieressourcen Rückenstärkung geben würde — zu Lasten eines wiedervereinigten Deutschen Reichs und seiner Bankiers.

Die PDS folgt Gorbatschows Wink und stimmt mit in den Chor der imperialistischen Kriegstreiber ein; auf der Titelseite von *Neues Deutschland* finden sich Schlagzeilen wie: „Irak droht erneut, die Region anzuzünden“ (29./30. September). Dann aber, vielleicht, um zu zeigen, wie sehr sie dem „Pluralismus“ ergeben ist, packt die PDS ein pensioniertes Mitglied der Akademie der Wissenschaften aus den Mottenkugeln aus. Er bietet eine realistischere Analyse dar, sichtbar in der Überschrift „Öl, Profit und Supermacht“ (*Neues Deutschland*, 2. Oktober). Gleichzeitig will der gute Professor Gunther Kohlmei sich als Kreml-Apologet betätigen. „Der Machtstriptease der USA wird vor allem durch die beschränkte kontrapunktive Handlungsfähigkeit der UdSSR erleichtert, die ihren Schwierigkeiten geschuldet ist.“ Nein, Prof. Dr. Kohlmei, bei diesem „Striptease“ ist der Kreml nicht nur Zuschauer, sondern auch Bühnenbauer bei einer Kräfteschau, die das Überleben der Sowjetunion selbst bedroht.

Kriegspläne

Bush und die Kriegsplaner im Pentagon zogen schnell ihre Pläne aus der Schublade, ersetzten „Sowjetunion“ vorübergehend durch „Irak“ und fütterten die amerikanische Öffentlichkeit mit Phantasien vom schnellen Sieg durch die Wunder der Hochtechnologie. So wurde der überarbeitete „Plan 90-1002“, der ursprünglich entworfen wurde, um einer theoretischen „Übernahme“ der Ölfelder am Persischen Golf durch die Sowjets zu begegnen, zur Grundlage des jetzigen US-Aufmarsches in Saudi-Arabien. Vor einigen Jahren wiesen wir darauf hin, daß das Ziel der „Vorwärts-Strategie“ AirLand Battle ein atomarer Erstschlag gegen die Sowjetunion war. Jetzt möchte das Pentagon die „Neuen Technologien“ benutzen, um in einem Krieg auf Knopfdruck dem Feind mit „intelligenten“ Waffen eins überzubraten.

In einem Interview umriß Dr. Paul Rogers am 25. September den drohenden Angriff:

„Er würde beginnen mit nicht nachlassenden Luft- und Cruise-Missile-Angriffen, die im wesentlichen aus fünf verschiedenen Richtungen über den Irak kommen würden: aus der Türkei, von einem Träger im östlichen Mittelmeer, von einem Träger im Roten Meer, von Festland-Luftwaffenbasen in Saudi-Arabien und den Golfstaaten und von Trägern, die im oder gerade vor dem Golf selbst stationiert sind. Die letzteren würden natürlich begleitet von Schiffen, die aus dem Golf Cruise-Missile-Angriffe starten.“

Aber Rogers stellte fest, daß „aufgrund der Unterstützung, die das Regime Saddams Husseins im Irak hat“, das Land nicht zum Rückzug gezwungen werden könnte, ohne daß ebenfalls „wirtschaftliche Ziele“ angegriffen werden. Dies würde eine *breit angelegte Bombardierung des ganzen Landes* bedeuten. Die USA erwarten, den Irak „in 10, 15,

vielleicht sogar 20 Tagen oder mehr“ in die Knie zu zwingen, sagt er. Aber der Plan kann leicht schiefgehen, weil der Irak nicht gerade Panama oder Grenada ist: „Bei solch einer Vorgehensweise muß man bedenken, daß der Irak kein Land mit begrenzten militärischen Ressourcen ist. Er verfügt selbst über viele Mittel, mit denen er diese Art von Angriff durch die Vereinigten Staaten abwehren und abschwächen könnte.“ Der Persische Golf wird das blutige Ende der „Strategie“ der „netten kleinen Kriege“ von Reagan und Bush sein.

Wie Saddam Hussein in seiner TV-Antwort auf das Weiße Haus sagte, „wenn Bush entscheidet, einen Krieg anzufangen, wird es nicht an ihm sein, den Krieg zu beenden.“ Hussein, ein brutaler Mörder, der vor Jahren Führer des kommunistischen Widerstands aufhängen ließ und Giftgas auf kurdische Dörfer warf, wird offensichtlich nicht vor Völkermord zurückschrecken. Wie der kenntnisreiche Nahost-Reporter Robert Fisk im Londoner *Independent* (26. September) festhielt, ist „eine Falle am Golf für Amerika aufgestellt“. Amerikanische Kommandeure, schreibt er, sind in privaten Äußerungen „besorgt über die riesige Zahl von Minen, die die Irakis entlang der Küstenlinie gelegt haben“.

Nieder mit den Scheichs, Obristen, Diktatoren!

Bush hat ahnungslos die Büchse der Pandora geöffnet, und selbst wenn er es fertigbringt, den Irak zu besiegen, wird er einem Meer feindlicher Araber und anderer Völker gegenüberstehen. Es gibt erst einmal Hunderttausende Palästinenser, die mit dem zionistischen Israel aufrechnen wollen für die Vertreibung aus ihrem Heimatland, und die sich empören über Washingtons doppelten Standard bezüglich „Aggression“. In Jordanien bildeten Palästinenser die Mehrheit, und sie drängten danach, für den Irak zu kämpfen und auch den unaufrichtigen König von Jordanien zu stürzen, der sie 1970 massakrierte. Inzwischen haben die Palästinenser in der israelisch besetzten Westbank die Unterstützungserklärungen von Saddam Hussein für bare Münze genommen. Letzte Woche gab es einen proirakischen Generalstreik auf der Westbank.

Millionen demonstrierten in den Straßen Irans gegen die massive US-Präsenz. Kurzum, wenn Washington versucht, an seinem neuen imperialistischen Brückenkopf im Nahen Osten festzuhalten, wird es in der ganzen Region ein Flammenmeer geben.

Für Lenins berühmte Aussage, daß Imperialismus Krieg ausbrütet, könnte es keinen schlagenderen Beweis geben als das jetzige militärische Abenteuer von Bush. Und während die Imperialisten noch über den „Tod des Kommunismus“ in Osteuropa jauchzen, wird ihnen bald ein anderes wohlbekanntes Gespenst im Nacken sitzen, nämlich die Revolutionen, die durch den Krieg hervorgebracht werden. Der Ausbruch des Krieges wird in der ganzen Welt ungeheure soziale Explosionen auslösen, nicht zuletzt in der Höhle des Löwen, den USA. Schon jetzt zeigt die amerikanische Arbeiterklasse, zermürbt durch die Ära von Bush und Reagan mit ihrer Gewerkschaftszerschlagung, Austeritätspolitik und rassistischem Terror, nicht gerade Begeisterung für diesen Krieg. Und im ganzen Nahen Osten — in Jerusalem wie in Kairo, Damaskus, Amman und Bagdad — können und müssen die kleinen Tyrannen von den wütenden Massen davongejagt werden. Eine internationale revolutionäre Partei muß die Arbeiter der ganzen Welt im Kampf vereinen, um das imperialistische System im Kampf wegzufegen — für Arbeitermacht, von den USA bis zum Nahen Osten.

Nach Workers Vanguard Nr. 511, 5. Oktober

SPARTAKIST

Verteidigt PDS, Immigranten, Minderheiten! Arbeitermobilisierung jetzt, um die Nazis zu stoppen!

Am 30. September wurden die Teilnehmer einer PDS-Wahlveranstaltung in Frankfurt/Oder von Nazi-Gangstern brutal mit Tränengas und Schreckschußpistolen angegriffen. Die Verletzten mußten ambulant behandelt werden. *Die Faschisten machen Jagd auf Gregor Gysi und die PDS!* Sie müssen sofort gestoppt werden!

Dies ist der dritte derartige Angriff in zwei Wochen. Durch das antikommunistische Hexenjagd-Klima, in dem sich Markus Wolf nur knapp der Festnahme für das „Verbrechen“ entziehen konnte, der DDR effektiv gegen den Imperialismus gedient zu haben, werden die Faschisten bei ihren mörderischen Angriffen ermutigt. Dies ist eine tödliche Gefahr für *alle* Arbeiter und Unterdrückten. Eingewanderte Arbeiter werden von diesen Mördern bereits ins Fadenkreuz genommen. Letztes Jahr brachten sie in Berlin Ufuk Şahin um, einen türkischen Metallarbeiter. Wir dürfen nicht darauf warten, bis sie auf die *gesamte* or-

ganisierte Arbeiterbewegung zielen. Einheitsfront-Verteidigungsaktionen für die PDS sind dringend erforderlich! Die Arbeiterklasse muß ihre Macht zeigen und das Faschistenpack wieder in seine Rattenlöcher treiben. Für Arbeiter- und Immigrantemobilisierungen gegen die Faschisten!

Die PDS-Führung sagte ihre für den 2. Oktober in Ostberlin geplante Demonstration ab, weil „keine Sicherheitspartnerschaft“ mit der Berliner Polizei hergestellt werden konnte. Die Bullen des SPDlers Pätzold (die zur Verteidigung des Republikaner-Chefs Schönhuber und seinesgleichen tödliche Wasserwerfer usw. in Stellung bringen) waren „zu beschäftigt“. Eine Massenpartei mit immer noch 350 000 Mitgliedern behauptet unfähig zu sein, sich in ihrer eigenen Hochburg zu verteidigen! Inzwischen *verbot* am 6. Oktober der Bürgermeister von Arnstadt eine PDS-Wahlveranstaltung „wegen befürchteter Krawalle“!

Fortgesetzt auf Seite 6

USA/NATO – Raus aus dem Persischen Golf! US-Imperialisten planen Massenmord

1. OKTOBER – George Bush schleudert Amerika kopfüber in einen Krieg mit dem Irak, und es könnte sich herausstellen, daß es die Eröffnung des dritten Weltkriegs ist. Mehr als 200 000 US-Soldaten sind Berichten zufolge

Brecht die UN-Blockade gegen den Irak

in der Golfregion, und wo sich jetzt die Zahl der zusammengezogenen Panzer, Geschütze, Flugzeuge und anderem Kriegsgerät schnell der kritischen Masse nähert, verschiebt das Weiße Haus die Betonung von der Diplomatie und dem UN-Handelsembargo auf das Rühren der Kriegstrommel.

Die Medien versuchen, die Bevölkerung mit Berichten über die Ermordung von Babys durch irakische Truppen in Kuwait zu Hysterie aufzupeitschen, während die CIA behauptet, daß der Irak Anfang nächsten Jahres biologische Waffen einsatzbereit haben wird. Der Demokrat Les Aspin, Vorsitzender des Streitkräfte-Ausschusses im Kongreß, sagt, daß der Regierung „die Möglichkeit eines Krieges immer passender erscheint“, und daß der Kongreß bereits an einer

Blanko-Kriegsresolution tippt, wieder im Stil der „Golf-von-Tonking“-Resolution.

Was bevorsteht ist vorsätzlicher Massenmord. Der frühere Stabschef der Air Force, General Michael Dugan, hat die Katze aus dem Sack gelassen (und ist dafür gefeuert worden), als er prahlte, daß die „Innenstadt von Bagdad“ ein erstrangiges Ziel der kommenden massiven Bombardierungen wäre. Das würde rund 100 000 ermordete Menschen bedeuten. Jetzt ist der US-Flugzeugträger *Independence* in den engen Golf eingefahren, wo Verteidigung schwierig, ein Angriff auf den Irak dagegen leichter ist.

Dr. Paul Rogers, Militärexperte an der Londoner Bradford University, berichtet, daß es zusätzlich zu den 900 Kampfflugzeugen und 300 Hubschraubern, die bereits am Ort sind, etwa 15 000 Marinesoldaten gibt, die binnen 48 Stunden in den Golf einlaufen können, mit fünf Hubschrauberträgern und mit mindestens sieben panzertragenden Landungsbooten.

Auf einer Skala von Panama bis Hiroshima nähert sich der Grad der geplanten Massenvernichtung und Zerstörung dem letzteren, und wenn Geiseln in den Weg geraten, dann haben sie für Bush eben Pech. Die USA sind kaltblütig darauf vorbereitet, ein fürchterliches Blutbad unter der

Fortgesetzt auf Seite 14